

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

40–41/2006 · 4. Oktober 2006



Integration – Desintegration

Klaus J. Bade

Integration und Politik – aus der Geschichte lernen?

Klaus Dörre

Prekäre Arbeit und soziale Desintegration

Hartmut Häußermann

Desintegration durch Stadtpolitik

Rainer Dollase · Kai-Christian Koch

Die Integration der Muslime

Ferdinand Sutterlüty

Wer ist was in der deutsch-türkischen Nachbarschaft?

Ingrid Matthäi

Alleinstehende Migrantinnen: Integriert – isoliert – segregiert?

Editorial

Gesellschaftliche Desintegration von Teilen der deutschen wie der zugewanderten Bevölkerung hat vielfältige Ursachen. Aus deren Analyse lassen sich Voraussetzungen für die Integration ableiten.

Ein wesentlicher Faktor für die Integration in die Gesellschaft ist eine Existenz sichernde Beschäftigung. Erste Voraussetzungen, diese zu finden, sind eine solide Bildung und Ausbildung. Gering Qualifizierte – Einheimische wie Zugewanderte – laufen Gefahr, an den äußersten Rand der Gesellschaft zu rutschen oder in das inzwischen eher grobmaschige soziale Netz zu fallen. Eine auf mehr Chancengleichheit ausgerichtete Bildungspolitik könnte als präventive Sozialpolitik wirken.

Wer an den Rand der Gesellschaft zu geraten droht, sucht nach Strategien zur Verteidigung der eigenen sozialen Position, die sich auch in Ressentiments gegen meist noch schlechter Gestellte niederschlagen können. Im Falle unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit kommt es daher nicht selten zu wechselseitigen negativen Klassifikationen. Wenn ethnische mit sozialen Problemen zusammentreffen und sich gegenseitig verschärfen, entstehen soziale Brennpunkte.

Ohne ein reguläres Arbeitsverhältnis ist es schwierig, eine Wohnung zu finden. Nicht nur Migrantinnen und Migranten, auch einheimische gering Qualifizierte sind inzwischen vermehrt auf preiswerten Wohnraum angewiesen. Dieser konzentriert sich in immer weniger Stadtvierteln, in denen es in der Folge zu einer hohen Konzentration von Haushalten mit sozialen Problemlagen kommt. Hier ist eine präventive Stadtpolitik gefragt. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ weist einen Weg in diese Richtung.

Katharina Belwe

Klaus J. Bade

Integration und Politik – aus der Geschichte lernen?

Essay

Erfahren und pragmatisch könnten die Deutschen gegenüber Problemen von Migration und Integration sein, bietet die Geschichte von Deutschen im Ausland und von Ausländern in Deutschland dazu doch viele Grunderfahrungen und Orientierungshilfen. Sie kannte in Deutschland aber nicht nur Integration, sondern auch Nichtakzeptanz und sogar die Ausgrenzung von gar nicht zugewanderten eigenen und doch zu ‚Fremden‘ gemachten Bürgerinnen und Bürgern. Das reichte bis zur Entrechtung und schließlich zur systematischen Ermordung von zu fremden ‚Untermenschen‘ Erklärten – innerhalb der eigenen Grenzen, vor allem aber nach deren gewaltsamer Expansion ins östliche Europa während des Zweiten Weltkriegs: Juden, Sinti, Roma und andere.

Klaus J. Bade
Dr. phil. habil., geb. 1944;
o. Univ. Prof. für Neueste
Geschichte und Vorstand des In-
stituts für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien
(IMIS) der Universität Osnab-
rück, Neuer Graben 19–21,
49069 Osnabrück.
kjade@t-online.de
www.kjbade.de

Dieser lange Schatten der jüngeren deutschen Geschichte liegt noch immer über vielem, was in Deutschland mit Mehrheit und Minderheiten, mit der Begegnung des Eigenen mit dem Fremden und mit den dazu nun einmal nötigen Spielregeln zu tun hat. Aber trotz aller daraus resultierenden Probleme der Selbstbeschreibung muss sich Deutschland als Einwanderungsland ein für andere und insbesondere für Einwanderer verstehbares öffentliches Bild von sich selber machen.

Dieser lange Schatten der jüngeren deutschen Geschichte liegt noch immer über vielem, was in Deutschland mit Mehrheit und Minderheiten, mit der Begegnung des Eigenen mit dem Fremden und mit den dazu nun einmal nötigen Spielregeln zu tun hat. Aber trotz aller daraus resultierenden Probleme der Selbstbeschreibung muss sich Deutschland als Einwanderungsland ein für andere und insbesondere für Einwanderer verstehbares öffentliches Bild von sich selber machen.

Woran sonst sollten sich Einwanderer bei dem Versuch orientieren, das Land zu verstehen, das als Einwanderungsland ihre neue Heimat ist oder doch werden soll?

Die Akzeptanz des Wandels zur Einwanderungsgesellschaft wurde in Deutschland nicht nur durch Probleme der prekären nationalen und kulturellen Selbstbeschreibung, sondern auch durch eine säkulare ethno-nationale Tradition erschwert, in deren Zentrum die Vorstellung stand, Deutscher könne man nur sein, aber nicht werden. Diese Tradition wurde legislativ – damit aber nicht notwendig auch mental – erst durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 durchbrochen. Prekäre Selbstbilder und ethno-nationale Mentalitäten verschärften den Schock der kulturellen Differenzenerfahrung, den die ‚Entdeckung‘ der Einwanderungsgesellschaft auslöste. Deren Existenz war bekanntermaßen lange Zeit hilflos dementiert worden (‚Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland!‘).

Mit diesem Schock begann der lange und bis heute erst streckenweise abgeschrittene Lernweg in Richtung auf die Einübung in den Umgang mit dem, was die einen (in Verkürzung eines Begriffs des amerikanischen Soziologen Richard Sennett) die Kultur der Differenz, die anderen (zur Vermeidung des anrücklich gewordenen Begriffs der multikulturellen Gesellschaft) kulturelle Vielfalt nennen. Dabei ging und geht es nach wie vor um den – für die einen grundlegenden, für die anderen grundstürzenden – Umgang mit der Frage, ob und wie die soziale Koexistenz unterschiedlicher kultureller ‚Heimaten‘ zur konstitutiven Selbstbeschreibung einer gemeinsamen kulturellen ‚Heimat‘ in der Einwanderungsgesellschaft werden kann. Das aber setzt eine Einigung darüber voraus, was denn das gemeinsame ‚Eigene‘ ist, das die kulturelle Differenz – also das je und je unterschiedlich registrierte Fremde – überwölben soll.

Die aufgeregt geführte neue Diskussion über ‚das Ende von Multikulti‘ in Deutschland ist zuweilen absurd, weil Politik und gesellschaftliche Realität verwechselt werden: Die Bundesrepublik Deutschland ist de facto längst ein Land mit kultureller Vielfalt geworden – ganz gleich, ob man diese Entwicklung nun seinerzeit bejubelt oder verteufelt hat.

Was für die gesellschaftspolitische Gestaltung zählt, ist die gesellschaftliche Realität, die man in einem liberalen Rechtsstaat nicht rückwirkend verändern kann. Vergleiche mit den Niederlanden anknüpfen oft in Missverständnissen: Auch dort ist die Multikulturalismus-Euphorie längst der Ernüchterung gewichen. Das aber hat vor allem damit zu tun, dass in den Niederlanden – anders als in Deutschland – lange aktiv ein regierungsamtliches Multikulturalismus-Konzept verfolgt wurde. Die deutschen Bundesregierungen, gleich welcher Couleur, hatten diesen multikulturellen Traum aber nie. Zuwanderung und Integration haben ihnen vielmehr lange Zeit entweder Alpträume verursacht oder sie haben überhaupt nicht geträumt, sondern nur tief geschlafen.

Die Folgen sind heute mancherlei Mängel an Klarheit, an konzeptioneller Zielorientierung, an pragmatischer Gelassenheit, aber auch an selbstbewusster Positionierung von Politik in einem lange missmutigen Einwanderungsland, das sich über mitunter widerwillige Einwanderer nicht wundern sollte. Viel zu spät wurde erkannt, dass – wie auch vom Verfasser schon Anfang der achtziger Jahre immer wieder vergeblich angemahnt – in der sich herausbildenden Einwanderungsgesellschaft Migrations- und Integrationspolitik, das heißt Migrationssteuerung nach außen und Integrationsförderung im Innern, zentrale Bereiche der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturpolitik sind.

Im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert sind Zuwanderung und Integration – nicht nur in Deutschland – zu Sorgenthemen ersten Ranges geworden, insbesondere auf kommunaler Ebene. Dabei wird hierzulande freilich oft einseitig, nämlich nur im Blick auf mangelnde Integrationsbereitschaft der Einwanderer und nicht auch auf mangelhafte Integrationspolitik des Einwanderungslandes, skandalisiert und übertrieben, wird der Blick auf die größtenteils friedliche Entwicklung in unseren Städten oft durch Konzentration auf abschreckende Szenarien wie Zwangsheiraten, ‚Ehrenmorde‘, Schulskandale und angeblich allenthalben wuchernde ‚Parallelgesellschaften‘ verstellt.

Das gilt nicht nur für die Medien, sondern auch für wichtige Bereiche der Wissenschaft: ‚Integrationsforschung‘ konzentriert sich in

Wirklichkeit oft mehr auf Konflikt- und Desintegrationsforschung – als führe eine möglichst methodensichere empirische Analyse von Verkehrsunfällen zur Entdeckung der Regeln für den ansonsten meist flüssigen und unfallfreien Verkehr. Es ist offenbar leichter, sensationelle Ausnahmesituationen zu beschreiben als die unauffälligen, aber erfolgreichen Normallagen der Integration und deren komplexe Eigendynamik zu analysieren. Das Geheimnis der gelungenen Integration liegt aber gerade darin, dass sie unauffällig bleibt. In der politischen Migrationsdiskussion wiederum treten, zumal nach dem terroristischen Massenmord des 11. September 2001, die integrationspolitischen gegenüber den sicherheitspolitischen Komponenten stets weiter zurück.

Nicht nur in der deutschen, auch in der europäischen Mediendiskussion springt das Interesse von einem Konfliktfeld zum anderen: Nach der kurzfristigen Konzentration auf den Kampf gegen illegale Zuwanderer an den blutigen Zäunen der spanisch-nordafrikanischen Exklaven Ceuta und Melilla im Spätsommer 2005 kehrte das Sensationsinteresse vom Thema Zuwanderung nach Europa Ende 2005 wieder zum Thema Desintegration in Europa zurück, hier insbesondere mit Blick auf die Ereignisse in Frankreich. Deutsche Innenminister verfolgten aufmerksam, dass – wie schon mehrfach zuvor in England – nun auch im europäischen Einwanderungsland par excellence stellenweise die Wut benachteiligter jugendlicher Einwanderer der zweiten oder auch schon dritten Generation explodierte. Aus den Tumulten, die nicht zuletzt auf Fehlsteuerungen der französischen Integrationspolitik zurückzuführen sind, entwickelte sich im Oktober 2005 rasch ein sub-urbaner Flächenbrand.

Einige sich als Propheten des Untergangs gerierende Publizisten sehen die urbanen Welten auch in Deutschland nur mehr im Prozess von ethnischer, kultureller und sozialer Desintegration und Deformation. Panikschreiber machen mit vorgeblich wissenschaftlich fundierten oder scheinbar ganz pragmatischen, in Wirklichkeit monströs aufgeblasenen und auf die verängstigte ethno-nationale Volkseele zielenden aggressiv-kulturpessimistischen Menetekeln von sich reden. Dabei geht es in kulturhistorischem Dilettantismus vorzugsweise um den Untergang einer vermeint-

lich epochenübergreifend statisch bewahrten, nämlich ‚tausendjährigen deutschen Kultur‘ in der schmutzig-fremden Brühe einer urbanen ‚Multiminoritätengesellschaft‘.

Was oft fehlt, ist der offene, nüchterne Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, das heißt auf die Situation der Einwanderer, der auch eigene Versäumnisse und nicht nur solche der Zuwandererbevölkerung wahrnimmt. Im Lichte historischer Entwicklungen kann die Einwanderungssituation in Deutschland noch immer als unauffällig beschrieben werden, wenngleich es größer werdende und keinesfalls zu verharmlosende Spannungsfelder gibt. Das gilt zum Beispiel für die Politik und das Handeln von Behörden gegenüber schon lange und immer wieder vergeblich angemahnten Problemen im schulischen Bereich, der zu Teilen nicht etwa erst heute implodiert, sondern dessen weitgehenden, von den Lehrkräften immer weniger aufhaltbaren Zusammenbruch man erst heute öffentlich hysterisch, politisch entrüstet und amtlich verlegen registriert. Schulische Brennpunkte wie die vielgescholtene Rütli-Hauptschule im Berliner Problembezirk Neukölln, aber auch die nicht minder vielgezielte Leistikow-Schule im Berliner Villenviertel Zehlendorf, sind nur Beispiele dafür. Viel zu lange wurden einschlägige Warnungen von Experten der Wissenschaft und der Praxis überhört oder als bloße Dramatisierung abgetan. Solche Spannungsfelder sollten deshalb heute nicht populistisch dramatisiert werden – die Realität und das lange politische Versagen ihr gegenüber sind dramatisch genug.

Mitunter wird aber übersehen, dass im Licht historischer Erfahrungen das, was die Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund oft voreilig als ‚Desintegration‘ oder gar ‚Ghettobildung‘ beschreibt, im langläufigen Integrationsprozess eine Zwischen- und Übergangsphase bilden kann: Kultur ist, auch in der Einwanderungsgesellschaft, kein Zustand, sondern ein Prozess. Darin findet jede Zeit ihre besondere Form. Unzureichend bewusst ist vielen Zeitgenossen auch, dass in diesem Zusammenhang Integration grundsätzlich zu Veränderungen auf beiden Seiten führt: bei der Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund wie bei der Zuwandererbevölkerung. Dabei ist freilich von der Zuwandererbevölkerung ein bei weitem höheres

Maß an Anpassung an – für beide Seiten – unmissverständlich zu formulierende Leitorientierungen und daraus abzuleitende soziale Umgangsformen in der Einwanderungsgesellschaft zu erwarten.

Mit dem Begriff ‚Parallelgesellschaften‘ wird seit etwa zwei Jahren in der deutschen öffentlichen Diskussion das Schreckbild einer dauerhaften Nicht- oder Desintegration von Zuwanderern mit permanent weiter ausblühenden urbanen Segregationsprozessen gezeichnet. Der Begriff wurde aus sachfremden Kontexten importiert, von den Medien begierig aufgegriffen und wird im politischen Diskurs seither in einer sich mittlerweile selbsttragenden Umlaufbahn um die eigentlichen Probleme gehalten. In der Alltagskommunikation der schockierten Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund dient die Paniksemantik vorzugsweise dazu, eigene kulturelle Vorurteile zu bestätigen.

Parallelkulturen als fließende Übergangserscheinungen gab und gibt es in vielen Prozessen der Einwanderung. Soziale und kulturelle Parallelitäten sind darüber hinaus prägend für Entwicklungslinien und Beschreibungsformen der modernen Gesellschaft insgesamt. Sie ist zwar vielgestaltiger und damit auch unübersichtlicher geworden, aber deshalb nicht – etwa im Sinne von zivilisationskritischen bzw. kulturpessimistischen, politischer Romantik verpflichteten Perspektiven – als schieres Zerfallsprodukt zu verstehen.

‚Parallelgesellschaften‘ im strengen Sinne – das heißt mit klar abgrenzbarer ethno-kultureller Identität, bewusster sozialer und ökonomischer Abkapselung und eigenen, die staatlichen ersetzenden Institutionen – gibt es in Deutschland kaum. Zu den wenigen Ausnahmen gehören die von der deutschen Justiz in einem interkulturellen Missverständnis zu lange mit Samthandschuhen behandelten, zum Teil schwerstkriminellen mafiotischen Großfamilien und ‚Ethno-Clans‘ in unseren Städten, die insbesondere von Drogen-, Menschenhandel und Schutzgelderpressung leben. Diese Clans haben in der Tat schon lange in vollem Umfang abgeschottete parallelgesellschaftliche Strukturen ausgebildet, was mitunter bis zu eigenen sogenannten Friedensrichtern und Strafvollziehern geht, die an die Stelle von Recht und Gesetz treten. ‚Parallelgesellschaften‘ im

engeren Sinne gibt es in Deutschland darüber hinaus nur in Ansätzen, die man freilich im Auge behalten muss.

Soziale Brennpunkte entstehen auch nicht automatisch dort, wo sich Einwanderer konzentrieren, sondern dort, wo ethnische mit sozialen Problemen zusammentreffen und sich gegenseitig verschärfen. Die friedliche Koloniebildung im Einwanderungsprozess allein hat mit ‚Parallelgesellschaften‘ wenig zu tun: ‚Klein-Istanbul‘ ist, soweit damit nur die Siedlungskonzentration als solche angesprochen wird, im Kern nicht mehr und nicht weniger, als es viele der – nur in der deutschen Auswanderungsliteratur idyllisierten – ‚Little Germanies‘ in den Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts waren. Wer das bestreitet, kennt die amerikanische Sicht der ‚verdammten Deutschen‘ (‘these damned Dutch’) zur Zeit ihrer millionenstarken Masseneinwanderung nicht. Erst in der zweiten Generation wurden Deutsche in Amerika zu Deutsch-Amerikanern und oft erst in der dritten Generation zu Amerikanern deutscher Herkunft – von denen sich viele, zumal in späteren Generationen, gar nicht mehr erinnern konnten oder wollten, woher ihre Vorfahren ursprünglich gekommen waren.

Die Integration in die Mehrheitsgesellschaft erfolgt also oft auf dem Umweg über die Einwandererkolonie. Sie beginnt dann mit der Eingliederung in diese Herkunftsgemeinschaft mit ihren räumlich verdichteten Siedlungsstrukturen oder doch sozial geschlossenen Kommunikationskreisen. Integration auf diesem Umweg bedeutet – nach mehr oder minder langer Zugehörigkeit – Eingliederung in die umschließende Mehrheitsgesellschaft durch schrittweise Ausgliederung aus den Strukturen der Kolonie, etwa durch die Übernahme eines weiter entfernten Arbeitsplatzes, der einen Umzug erforderlich macht. Die Kolonie als Schutzgemeinschaft auf Zeit wird von der Mehrheitsbevölkerung des Einwanderungslandes oft nicht als Integrationschleuse, sondern als integrationsfeindliche Abkapselung von nicht integrationswilligen oder gar nicht integrationsfähigen Einwanderern wahrgenommen. Das war in der Geschichte nicht anders.

Betrachtungen aus der Historischen Migrationsforschung sollen keine Verklärung der Koloniebildung im Einwanderungsprozess

darstellen: Der Weg zur Integration über die Kolonie kann für Einwanderer im günstigen Falle eine subjektiv schützende Entlastung auf Zeit gegenüber dem möglicherweise aggressiven oder so empfundenen Assimilationsdruck der umschließenden Mehrheitsgesellschaft bieten; aber er bleibt objektiv immer ein Umweg mit einer mehr oder minder langen Verzögerung des Integrationsprozesses, insbesondere beim Spracherwerb als entscheidender Grundlage für die soziale Integration. Dauerhaft hinderlich war und ist dieser Eingliederungsweg allerdings nur für diejenigen, die zu lange oder gar auf Dauer im Sog der Kolonie bleiben, die bei segregativer Erstarrung auch integrationsfeindliche Verhaltensnormen ausbilden kann, die die Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft sogar als ‚Verrat‘ an der Herkunftsgemeinschaft erscheinen lassen können.

Es gibt für Fragen der Integration keine maßgeschneiderten ‚Lehren der Geschichte‘. Die Integrationsgeschichte ist kein Steinbruch mit passgerechten Antwortblöcken für Fragen der Gegenwart, aber sie lehrt das Gebot der Geduld: Man sollte lernen, heute laufende Integrationsprozesse auch im Sinne von Kultur als Prozess, das heißt unter der Folie von Integration als lange dauerndem, mitunter intergenerativem Kultur- und Sozialisationsprozess zu verstehen. Dieser Prozess ist für die Einwanderer eine lebenslange Aufgabe und übersteigt nicht selten sogar die lebensgeschichtliche Dimension. Dies belegt die inzwischen auch in Deutschland gängige Rede von den Einwanderern der zweiten und dritten Generation. Es geht also nicht um das Schreckbild der dauerhaften Nicht- oder Desintegration in ‚Parallelgesellschaften‘. Es geht um die richtige Mitte zwischen der nötigen Forderung nach Integrationsbereitschaft der Zuwandererbevölkerung, klarer politischer und rechtlicher Rahmensetzung und der Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft zum Erlernen des Umgangs mit kultureller Differenz bzw. kultureller Vielfalt.

Prekäre Arbeit und soziale Desintegration

Das Erwerbsarbeit eine Institution darstellt, die gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert, ist alles andere als selbstverständlich. Für Karl Marx war Lohnarbeit – weil unsicher und unstet – grundsätzlich prekär. Was Marx nicht voraussah, war ein säkularer Prozess der sozialstaatlichen Einhegung von Lohnarbeit, der während der Jahrzehnte nach 1945 seinen vorläufigen Höhepunkt erlebte.

Klaus Dörre

Dr. phil., geb. 1957; Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der FSU Jena, Institut für Soziologie der FSU Jena, Carl-Zeiss-Straße 2, 07743 Jena.
klaus.doerre@uni-jena.de

Begünstigt durch die außergewöhnlich lange Nachkriegsprosperität ging die gesellschaftliche Ausweitung von Lohnarbeit mit einer Tendenz zur sozialen und politischen Einhegung von Einkommens-, Armuts- und Beschäftigungsrisiken einher. Lohnarbeit wurde zu einer Institution, gekoppelt mit „sozialem Eigentum“ – einem Eigentum zur Existenz- und Statussicherung, das sich unter anderem in garantierten Rentenansprüchen, Mitbestimmungsrechten oder in verbindlichen tariflichen Normen manifestierte. Erst die enge Koppelung mit sozialem Eigentum verwandelte Lohnarbeit in ein zentrales gesellschaftliches Integrationsmedium. Geschützte, halbwegs sichere Lohnarbeit war die Basis für einen Bürgerstatus, der – gleichsam als Klammer zwischen System- und Sozialintegration – zuvor besitzlosen Klassen und Gruppen trotz fortbestehender Ungleichheiten zu einem respektierten Status in der Gesellschaft verhalf.

Wenn nicht alles täuscht, so erleben wir seit den achtziger Jahren eine Umkehrung dieser Entwicklung. Dafür gibt es vor allem zwei Ursachen: *Erstens* drängen die neuen Formen von „immaterieller“ Dienstleistungs- und Informationsarbeit nach einem flexible-

ren Arbeitsmanagement, das in einem Spannungsverhältnis zu Regelungsformen des fordistischen Nachkriegskapitalismus steht.¹ *Zweitens* – und das ist für den hier interessierenden Kontext entscheidend – kommt es unter dem Druck eines internationalisierten Finanzmarktkapitalismus² zur Ausweitung prekärer Beschäftigung und damit zu einer „Rückkehr der Unsicherheit“ in die – historisch gesehen – reichen und überaus sicheren Gesellschaften des Westens.³ Obwohl „diese Gesellschaften von Sicherungssystemen umgeben und durchzogen sind“, bleibt die Sorge „um die Sicherheit allgegenwärtig“; sie „beschäftigt weite Teile der Bevölkerung“⁴. Robert Castel hat diese Diagnose auf die französische Lohnarbeitsgesellschaft bezogen. Darüber, ob sie auf Deutschland übertragbar ist, wird in den Sozialwissenschaften gestritten.⁵

Meine These lautet, dass ein Empfinden sozialer Unsicherheit, welches sich wesentlich aus prekären Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen speist, auch hierzulande nicht trotz, sondern wegen der noch immer hohen Sicherheitsstandards zu massiven gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen führt. Zur Begründung dieser Sichtweise will ich auf Ergebnisse einer eigenen empirischen Studie⁶ zurückgreifen, die sich mit der Ausbrei-

¹ Vgl. Manuel Castells, *The rise on the network society (The information age: economy, society and culture; Vol. 1)* Cambridge 1996.

² Vgl. Paul Windolf (Hrsg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, Wiesbaden 2005.

³ Vgl. Robert Castel, *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*, Hamburg 2005, S. 54 ff.

⁴ Ebd., S. 8.

⁵ Ulrich Brinkmann/Klaus Dörre/Silke Röbenack, *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise*, Bonn 2006; Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hrsg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M. 2000.

⁶ Es handelt sich um das Projekt „Prekäre Beschäftigung – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus“, das ich gemeinsam mit Klaus Kraemer und Frederic Speidel durchgeführt habe. Das Vorhaben ist Teil des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsverbunds „Integrationspotentiale moderner Gesellschaften“ (Leitung: Wilhelm Heitmeyer/Universität Bielefeld). Es basiert auf knapp 100 halbstrukturierten Interviews, Gruppenbefragungen und mehr als 30 Expertengesprächen, die anhand ausgewählter Problemkonstellationen quer durch die „Zonen“ der Arbeitsgesellschaft geführt wurden.

tung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und deren subjektiver Verarbeitung befasst. Als heuristische Folie dient die Castelsche Zentralthese.¹⁷ Danach spalten sich die Lohnarbeitsgesellschaften in drei große „Zonen“: Die *Zone der Entkoppelung* umfasst die von regulärer Erwerbsarbeit dauerhaft Ausgeschlossenen. Die oberen und mittleren Ränge der Arbeitsgesellschaft sind noch immer in einer – allerdings schrumpfenden – *Zone der Integration* mit formal gesicherten Normbeschäftigungsverhältnissen angesiedelt. Dazwischen expandiert eine *Zone der Prekarität* mit heterogenen Beschäftigungsformen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie oberhalb eines kulturellen Minimums nicht dauerhaft Existenz sichernd sind. Dazu gehören Leih- und Zeitarbeit, niedrig entlohnte Beschäftigung, erzwungene Teilzeitarbeit und befristete Stellen ebenso wie Mini- und Midijobs, abhängige Selbstständigkeit oder sozialpolitisch geförderte Arbeitsgelegenheiten. Wie sich die Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsformen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt, lässt sich angemessen nur erfassen, wenn man die subjektiven Verarbeitungsformen von Prekarisierungsprozessen in die Analyse einbezieht.

Typische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung

Anhand von empirischem Material, das ausgewählte Problemkonstellationen aus allen Zonen der Arbeitsgesellschaft erfasst, können wir neun typische Formen der (Des-)Integration unterscheiden (*Schaubild*).

Schaubild: (Des-)Integrationspotenziale von Erwerbsarbeit – eine Typologie

<i>Zone der Integration</i>
1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten“)
2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen“ oder „Selbstmanager“)
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten“)
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten“)

¹⁷ Vgl. Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000.

<i>Zone der Prekarität</i>
5. Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration („Die Hoffenden“)
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realisten“)
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen“)
<i>Zone der Entkoppelung</i>
8. Überwindbare Ausgrenzung („Die Veränderungswilligen“)
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration („Die Abgehängten“)

Quelle: Eigene Darstellung.

Arbeitskraft- (reproduktive Dimension) und Tätigkeitsperspektive (arbeitsinhaltliche, professionsbedingte Ansprüche) beinhalten die primären Integrationspotenziale einer Erwerbstätigkeit.

In der *Zone der Integration* bilden drei Typen (1, 3, 4) die Integration in formal gesicherte Normbeschäftigung ab. Im Fall der „Selbstmanager“ dominiert das Integrationspotenzial der Tätigkeitsperspektive (inhaltliches Interesse an der Tätigkeit, Streben nach Professionalität) über den unsicheren Beschäftigungsstatus.

In der *Zone der Prekarität* sind unstete Beschäftigungsverhältnisse angesiedelt, die jedoch subjektiv höchst unterschiedlich bewertet werden.

In der *Zone der Entkoppelung* befinden sich Erwerbs- und Langzeitarbeitslose mit ebenfalls divergierenden subjektiven Orientierungen.

Unsicherheitsempfinden kann insbesondere bei den „Abstiegsbedrohten“ (Typ 4) deutlicher ausgeprägt sein als bei Befragten, die aufgrund der Struktur ihres Beschäftigungsverhältnisses der *Zone der Prekarität* zuzurechnen sind (Typ 5, 7). Selbst bei den Veränderungswilligen (Typ 8) in der *Zone der Entkoppelung* besteht noch die Hoffnung, die eigene Lage über kurz oder lang deutlich verbessern zu können. Im Falle der „Abstiegsbedrohten“ (Typ 4) erscheinen Brüche in der beruflichen Biographie und sozialer Abstieg hingegen fast schon als Gewissheit. Der Neigungswinkel individueller Biographien zeigt

bei dieser Gruppe nach unten, und es sind nicht genügend Ressourcen vorhanden, um diese Abwärtsbewegung grundlegend korrigieren zu können. Daher nehmen Bedrohungsgefühle nicht linear zu, je weiter man in der Hierarchie der Typen nach unten steigt. Vielmehr sind Abstiegsängste bei jenen Gruppen besonders präsent, die noch etwas zu verlieren haben. Die Angst vor Statusverlust ist ein wichtiger Ursachenherd für Prekarisierungsängste und soziale Desintegration, der *innerhalb* der „Zone der Normarbeit“ angesiedelt ist.

Bedeutungswandel von Erwerbsarbeit

Diese Feststellung ist wichtig, weil sich Desintegrationserfahrungen nicht auf die *Zone der Prekarität* beschränken lassen. Unsere Studie liefert viele Hinweise, die für einen sozial gestuften, letztlich aber zonenübergreifenden Bedeutungswandel von Erwerbsarbeit sprechen. In großen gesellschaftlichen Gruppen beginnt abhängige Erwerbsarbeit ihre zentrale Funktion als Bindemittel der Gesellschaft zu verlieren. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse bedeuten nicht allein Unsicherheit und materiellen Mangel, vielfach bewirken sie Anerkennungsdefizite und eine Schwächung der Zugehörigkeit zu sozialen Netzen, die eigentlich dringend benötigt würden, um den Alltag einigermaßen zu bewältigen. Leiharbeiter, Befristete, aber auch Projektarbeiter (Typ 5, 6, 2) sehen sich gezwungen, die Anerkennung ihres wechselnden Umfeldes beständig neu zu erwerben. Je mehr Energie sie darauf verwenden, diesen symbolischen Zyklus der Anerkennung⁸ zu bewältigen, desto problematischer wird es mitunter für sie, soziale Netze außerhalb der Arbeit zu stabilisieren. Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten, die sich unter die „Grenze der Respektabilität“ gedrängt sehen, fällt es generell schwer, gesellschaftliche Anerken-

⁸ Vgl. Klaus Kraemer/Frederic Speidel, Prekarisierung von Erwerbsarbeit – Zur Transformation des arbeitsweltlichen Integrationsmodus, in: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.), Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration, Wiesbaden 2005, S. 367–390; Martin Kronauer/Gudrun Linne, (Hrsg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität, Berlin 2005; Georg Simmel, (1903/1992), Der Streit, in: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Frankfurt/M. 1992, S. 284–382.

nung zu erwerben. Insofern trifft die Castelsche Diagnose,⁹ wonach soziale Unsicherheit „demoralisierend, als Prinzip sozialer Auflösung“ wirkt, auch auf viele unserer Befragten zu. Gemeinsam ist ihnen die Erfahrung, dass sich Lohnarbeit für sie nicht mehr als stabile Basis einer geplanten Zukunft eignet.

Unabhängig von der Beschäftigungsform beklagen mehr oder minder alle „Prekariert“, dass sie im Vergleich zu den Stammbeschäftigten über weitaus geringere Möglichkeiten verfügen, eine längerfristige Lebensplanung zu entwickeln. Befristete, niedrig entlohnte Beschäftigung blockiert „die Ausarbeitung eines rationalen Lebensplans“¹⁰ allerdings nicht vollständig. Auch bei den „Prekariern“ findet sich noch immer das Bemühen, der eigenen Lebensplanung Kohärenz zu verleihen. Bei Teilzeitarbeiterinnen mit unbefristeten Arbeitsverträgen (Typ 7) gelingt das noch einigermaßen, sofern die Partnerschaften stabil sind. Im Falle von Leiharbeitern und befristet Beschäftigten (Typ 5, 6) sind die Bemühungen um einen kohärenten Lebensplan spürbar, aber weitaus weniger erfolgreich. Es ist nicht allein die Unsicherheit als solche, sondern auch der soziale Abstand zur angestrebten Normalität, der eine Mischung aus Verunsicherung, Scham, Wut und Resignation erzeugt.

Überraschend ist, dass wir in der „Zone der Integration“ auf ähnliche Verarbeitungsformen stoßen. Bei den „Verunsicherten“ (Typ 3) und den „Abstiegsbedrohten“ (Typ 4) ist das Vermögen zu einer längerfristig ausgerichteten Lebensplanung noch nicht verloren gegangen; aber es besteht die mehr oder minder begründete Befürchtung, dass die für eine realistische Zukunftsplanung notwendige Kalkulationsgrundlage abhanden kommen könnte. Abstiegsängste sind auch in diesen Gruppen kein unmittelbarer Reflex auf reale Bedrohungen. Selbst die bevorstehende Betriebsschließung kann je nach Lebensalter, Qualifikation und Ressourcenausstattung höchst unterschiedlich verarbeitet werden. Für jüngere Arbeiter zum Beispiel wirkt sie mitunter als Antrieb, individuelle Weiterbildungspläne vorzuziehen. Ältere und weniger qualifizierte Befragte befürchten hingegen

⁹ Vgl. R. Castel (Anm. 3).

¹⁰ Pierre Bourdieu, Die zwei Gesichter der Arbeit, Konstanz 2000.

einen nur schwer korrigierbaren Knick in ihrer beruflichen Laufbahn.

Was die noch Integrierten als Befürchtung umtreibt, ist bei den Langzeitarbeitslosen in der „Zone der Entkoppelung“ längst Lebensrealität. Sowohl bei den „Veränderungswilligen“ (Typ 8) als auch bei den „Abgehängten“ (Typ 9) kann von einem über den Tag hinausreichenden Lebensplan im Grunde keine Rede sein. Während die „Veränderungswilligen“ die Hoffnung auf eine Normalisierung ihrer Biographien aber noch nicht aufgegeben haben, richten sich die „Abgehängten“ bereits in einem Leben jenseits regulärer Erwerbsarbeit ein. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass sich ohne festen Arbeitsplatz und ein halbwegs sicheres Einkommen allmählich eine Desorganisation des Raum- und Zeitempfindens einstellt.

Sekundäre oder kompensatorische Integration

Allerdings, das bleibt in der Castelschen Hypothese unterbelichtet, nehmen selbst Langzeitarbeitslose soziale Desintegration nicht passiv hin. Unter Bedingungen, die sie zu struktureller Benachteiligung verdammen, entwickeln Ausgegrenzte und prekär Beschäftigte eigene Überlebensstrategien. Das ist der Grund, weshalb es nicht zu sich beständig verstärkenden, letztlich die Systemreproduktion gefährdenden Desintegrationsprozessen kommt.

In der *Zone der Prekarität* und der *Zone der Entkoppelung* erfolgt Einbindung allerdings nicht mehr über primäre (reproduktive und qualitative), sondern über tradierte oder neu erzeugte sekundäre, häufig kompensatorische Integrationspotenziale. Von sekundären Integrationspotenzialen kann gesprochen werden, wenn junge Leiharbeiter ihr prekäres Beschäftigungsverhältnis als Sprungbrett in eine Normbeschäftigung betrachten und dabei auf den „Klebeffekt“ ihrer Tätigkeit hoffen (Typ 5). Um sekundäre Integration handelt es sich bei älteren Leiharbeitern, die sich pragmatisch mit ihrer Lage arrangieren, indem sie beständig zwischen Arbeitslosigkeit und Leiharbeit pendeln (Typ 6). Sekundäre Integrationspotenziale verschaffen sich auch Geltung, wenn sich etwa Verkäuferinnen scheinbar vorbehaltlos in ihre Rolle als

mehr oder minder zufriedene Zuverdienerinnen (Typ 7) fügen und damit eine stabile Partnerschaft und ein Existenz sicherndes Einkommen des Lebenspartners zur stillen Voraussetzung ihres Arrangements machen. Und selbst bei den „Abgehängten“ (Typ 9) zeigt sich die Wirksamkeit sekundärer Integrationsmechanismen, wenn sich jugendliche Erwerbslose als „arbeitende Arbeitslose“ definieren, weil sie ihr Einkommen in der Schattenwirtschaft verdienen und dabei auf die informellen Netze von Familie, Nachbarn und Freunden setzen. Die Orientierung auf Teilhabe an regulärer Erwerbsarbeit haben die Betroffenen aufgegeben. Sie richten sich auf ein Leben in Subgesellschaften mit eigenen informellen Strukturen und Integrationsmechanismen ein. Ausgegrenzte Jugendliche etwa setzen alles daran, ihre verbliebenen sozialen Kontakte zu stabilisieren, um so zumindest ein Minimum an Selbstbestätigung zu erfahren. Häufig ist ihnen das Risiko, diese Kontakte wegen der vagen Aussicht auf einen unsicheren Job aufzugeben, einfach zu hoch. Daher tendieren subgesellschaftliche Orientierungen, die sich im Osten Deutschlands gerade erst herauszubilden beginnen, zur Selbstreproduktion.

Schon aus diesem Grund nimmt die Wirksamkeit sekundärer Integrationspotenziale Prekarisierungserfahrungen nichts von ihrer Brisanz. Im Grunde handelt es sich um schwache, kompensatorische Formen der Integration, die entweder auf Fiktion, auf der Hoffnung, irgendwann doch noch Anschluss an die Normalität regulärer Beschäftigung zu finden, oder auf einer Mobilisierung quasi-ständischer Zugehörigkeiten und Ressourcen beruhen. Sofern dies in Handlungsstrategien mündet, die ein Überleben in prekären Verhältnissen sicherstellen sollen, ist Integration in normativer Hinsicht gerade kein „Erfolgsbegriff“¹¹. Dass sekundäre Integrationspotenziale überhaupt wirksam werden können, hängt wesentlich mit der disziplinierenden Wirkung von Arbeitsmarktrisiken zusammen. Die Disziplin des Marktes kann zum Beispiel dazu führen, dass tradierte Formen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung revitalisiert werden. So definieren sich etwa Verkäuferinnen mitunter auch dann als Zuverdienerinnen, wenn ihr Einkommen aufgrund der

¹¹ Bernhard Peters, *Die Integration der modernen Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1993, S. 92.

Arbeitslosigkeit des Lebenspartners längst den Lebensunterhalt der Familie sichert (Typ 7). Als verinnerlichtes Selbstverständnis über ihre Erzeugungsbedingungen hinaus wirksam (Hysteresis-Effekte), illustrieren derartige Haltungen die Verfestigung einer sozialen Lage, die sich über eine dauerhafte Betätigung in prekären Beschäftigungsverhältnissen konstituiert. Zufrieden sind diese Befragten nur insofern, als sie sich als Teilzeitarbeiterinnen gesellschaftlich durchaus integriert fühlen. Diese Zufriedenheit ändert nichts daran, dass die Betroffenen ihre Berufstätigkeit überaus kritisch beurteilen. Teilweise werden sie in Interessenvertretungen und Gewerkschaften aktiv, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. In diesen Fällen handelt es sich um eine Variante der Integration durch „Streit“,¹² die allerdings an der grundsätzlichen Akzeptanz des Zuverdienerinnenstatus nichts ändert.

Unterschiede zwischen flexibler und prekärer Arbeit

Ein bekannter Einwand gegen die Desintegrationshypothese lautet, Prekarität stelle allenfalls eine Facette flexibler Beschäftigung dar, einer Flexibilität, die im Großen und Ganzen der Interessenlage vieler Beschäftigter entgegenkomme.¹³ Und in der Tat, „manche Gruppen von Arbeitnehmern profitieren zweifellos“ von einem Arbeitsmanagement, das sie „zur Freiheit verdammt“. Sie „maximieren ihre Chancen, bauen ihr Potenzial aus, entdecken an sich ungeahnte unternehmerische Fähigkeiten, die unter bürokratischen Zwängen und strengen Regelungen bisher verkümmerten“.¹⁴ Doch der Lobgesang auf positive Seiten der Flexibilisierung ignoriert die neuen „Trennlinien“, die Arbeitswelt und Gesellschaft durchziehen.

Diese Trennlinien werden in unserer Typologie abgebildet. So unterscheidet sich die Selbstwahrnehmung der prekär Beschäftigten gravierend von den subjektiven Verarbeitungsformen flexibler Beschäftigung, wie sie sich in der „Zone der Integration“ finden. Das zeigt sich besonders deutlich bei den „Selbstmanagern“ (Typ 2), zu denen in unse-

rer Untersuchung unter anderem Freelancer aus der IT-Industrie und Werbefachleute zählen. Für diese Befragten wird das Sicherheitsrisiko, das in den Beschäftigungsverhältnissen angelegt ist, subjektiv durch den Freiheitsgewinn kompensiert, den sie mit der Abwesenheit hierarchischer Zwänge verbinden. Zudem vertrauen sie auf ihre Qualifikation und ihre materiellen Ressourcen, mit denen sie Phasen der Beschäftigungsunsicherheit einigermaßen gut überbrücken können. Integrationsstiftend wirkt in diesen Gruppen die Identifikation mit der eigenen Tätigkeit, das Streben nach Professionalität. Das ist bei den prekär Beschäftigten grundsätzlich anders. Hier kann die Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse kaum positiv erlebt werden.

Damit ist nicht gesagt, dass eine individuelle Positionierung in der „Zone der Integration“ mit Problemfreiheit gleichzusetzen sei. Selbst in Segmenten „immaterieller“ Angestellten- und Informationsarbeit können massive Desintegrationseffekte auftreten. Letztere werden allerdings nicht primär durch unsichere Beschäftigungsverhältnisse verursacht. Sie resultieren ganz im Gegenteil aus einer Identifikation mit der Arbeitstätigkeit, die mit Arbeitswut, Leistungsdruck, Stress, Beeinträchtigung des Privatlebens, Entspannungsunfähigkeit, blockierten Aufstiegsmöglichkeiten und Diskontinuitäts Erfahrungen bei der Projektarbeit einhergeht. Solche Desintegrationseffekte können sich dramatisch zuspitzen und eine zuvor stabile Beschäftigung in ein heikles Arbeitsverhältnis verwandeln – ein Prozess, der dann wegen der „Fallhöhe“ subjektiv als besonders schmerzlich empfunden wird.

Dennoch sind flexible und prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht identisch. Manche Formen flexibler Beschäftigung können mit gesicherter Integration einhergehen. Das gilt zum Beispiel für verschiedene Varianten von Projektarbeit, die Luc Boltanski und Ève Chiapello¹⁵ zum Charakteristikum eines „neuen kapitalistischen Geistes“ stilisieren. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind stets flexibel; doch längst nicht alle Formen flexibler Beschäftigung erweisen sich zugleich

¹² Vgl. G. Simmel (Anm. 8).

¹³ Vgl. M. Kronauer/G. Linne (Anm. 8).

¹⁴ Vgl. R. Castel (Anm. 3), S. 63 f.

¹⁵ Vgl. Luc Boltanski/Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz 2003 (Französisch: *Le nouvel Éprit du Capitalisme*, Paris 1999).

als prekär. Die „Selbstmanager“ (Typ 2) agieren allesamt oberhalb einer „Schwelle der Berechenbarkeit“, welche von der Verfügung über Einkünfte und Ressourcen abhängt, die von der „Sorge um die Subsistenz dauerhaft entlasten“.¹⁶ Bei den prekär Beschäftigten, die sich an der Schwelle der Respektabilität, gekennzeichnet durch eine feste Arbeitsstelle und ein regelmäßiges Einkommen, bewegen, ist das so nicht der Fall.

Prekarität als Herrschafts- und Kontrollsystem

Allerdings wirkt prekäre Beschäftigung selbst auf die „Zone der Integration“ zurück. Im Unterschied zu den subproletarischen Existenzen des 19. Jahrhunderts verursacht sie weder vollständige Entwurzelung noch absolute Pauperisierung. Vielmehr befinden sich die „Prekarier“ in einer eigentümlichen „Schwebelage“. Einerseits haben sie den Anschluss an die „Zone der Normalität“ noch immer vor Augen und müssen alle Energien mobilisieren, um den Sprung vielleicht doch noch zu schaffen. Andererseits sind permanente Anstrengungen nötig, um einen dauerhaften sozialen Abstieg zu vermeiden. Wer in seinen Anstrengungen nachlässt, dem droht der Absturz in die „Zone der Entkoppelung“. Aufgrund der Diskontinuitäten des Beschäftigungsverhältnisses besitzen die modernen „Prekarier“ keine Reserven, kein Ruhekit. Sie sind die ersten, denen in Krisenzeiten Entlassungen drohen. Ihnen werden bevorzugt die unangenehmen Arbeiten aufgebürdet. Sie sind die Lückenbüßer, die „Mädchen für alles“, deren Ressourcen mit anhaltender Dauer der Unsicherheit allmählich verschlissen werden.

Gerade weil sich die prekär Beschäftigten im unmittelbaren Erfahrungsbereich der über Normarbeitsverhältnisse Integrierten bewegen, wirken sie als ständige Mahnung. Festangestellte, die Leiharbeiter zunächst als wünschenswerten „Flexibilisierungspuffer“ betrachten, beschleicht ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit, wenn sie an die Leistungsfähigkeit der Externen denken. Sie sehen, dass ihre Arbeit zu gleicher Qualität auch von Personal bewältigt werden kann, das für die Aus-

übung dieser Tätigkeit Arbeits- und Lebensbedingungen in Kauf nimmt, die in der Stammebelegschaft kaum akzeptiert würden. Wenngleich Leiharbeiter und befristet Beschäftigte betrieblich meist nur kleine Minderheiten sind, wirkt ihre bloße Präsenz disziplinierend auf die Stammebelegschaften. In Bereichen mit hoch qualifizierten Angestellten produzieren Freelancer und neuerdings auch Zeitarbeitskräfte einen ähnlichen Effekt. So finden sich im Grunde in allen Beschäftigungssegmenten Wechselbeziehungen zwischen Stammebelegschaften und flexiblen Arbeitskräften, die den „Besitz“ eines unbefristeten Vollzeitwerbersverhältnisses als verteidigungswertes Privileg erscheinen lassen.

Dies erklärt das Integrationsparadoxon nachfordristischer Arbeitsgesellschaften. Die Herausbildung einer Zone unsicherer Beschäftigungsverhältnisse forciert die Umstellung auf einen neuen gesellschaftlichen Integrations- und Herrschaftsmodus. An die Stelle einer Einbindung, die nicht ausschließlich, aber doch wesentlich auf materieller und demokratischer Teilhabe beruhte, treten Integrationsformen, in denen die subtile Wirkung marktförmiger Disziplinierungsmechanismen eine deutliche Aufwertung erfährt.¹⁷ Die Disziplinierung durch den Markt kann, zumal in einer reichen Gesellschaft, eine Vielzahl an Hoffnungen, Ängsten und Traditionen funktionalisieren. Auf diese Weise sorgt die Konfrontation mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen nicht nur für eine „Destabilisierung des Stabilen“.¹⁸ Indem sie die einen diszipliniert und den anderen elementare Voraussetzungen für Widerständigkeit nimmt, fördert sie zugleich eine eigentümliche „Stabilisierung der Instabilität“. Auch deshalb ist die Prekarisierung kein Phänomen an den Rändern der Arbeitsgesellschaft. Sie bewirkt eine allgemeine subjektive Unsicherheit, die bis tief hinein in die Lebenslagen der formal Integrierten reicht. Prekarität wirkt desintegrierend und *zugleich* als disziplinierende Kraft. Zunehmende Marktsteuerung erzeugt Flexibilitätsanforderungen und produziert doch auch neue Abhängigkeiten. Inso-

¹⁶ P. Bourdieu (Anm. 10), S. 92.

¹⁷ Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Einleitung: Sind individualisierte und ethnisch-kulturell vielfältige Gesellschaften noch integrierbar?, in: ders. (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen?, Frankfurt/M. 1997, S. 23–65.

¹⁸ R. Castel (Anm. 7), S. 357.

fern stützt die Prekarisierung ein Kontrollsystem, dem sich auch die Integrierten kaum zu entziehen vermögen.

Diese disziplinierende Wirkung ist im Übrigen für Gruppen folgenreich, die – wie eine große Zahl von Frauen und Migranten – auch während der Blütezeit des fordistischen Kapitalismus allenfalls partiell an einem durch Normarbeit konstituierten Bürgerstatus partizipieren konnten. Wenn die „Sorge um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes, so widerwärtig er auch sein mag“,¹⁹ zunehmend auch das Handeln der Integrierten bestimmt, geraten selbst in den Stammebelegschaften qualitative Arbeitsansprüche unter Druck. Je weiter die Schwelle für „zumutbare Arbeit“ sinkt, desto größer wird die Konkurrenz um prekäre Jobs und umso wahrscheinlicher sind Verdrängungseffekte, die vor allem Frauen und Migranten treffen.

Politische Verarbeitungsformen von Prekarisierung

Diese Feststellung ist auch für die Frage nach den politischen Verarbeitungsformen sozialer Unsicherheit bedeutsam. Prekarisierung korrespondiert offenbar mit unterschiedlichen Formen des Selbstregierens und der Selbstdisziplinierung. Die Übersetzung entsprechender Erfahrungen in ausgrenzende Integrationsvorstellungen und deren Aktivierung in einer bipolaren Logik, die sich gegen stigmatisierte Outsidergruppen wendet, stellt ein zentrales Bindeglied zu rechtspopulistischen Orientierungen dar. Wir haben solche Orientierungen bei mehr als einem Drittel unserer Befragten aus allen Zonen der Arbeitsgesellschaft festgestellt. Unweigerlich drängen sich Parallelen zur klassischen Autoritarismus-These Erich Fromms²⁰ und Theodor W. Adornos²¹ auf. Der neue Autoritarismus lässt sich indessen wohl kaum auf eine Ich-Schwäche zurückführen, die in Defiziten frühkindlicher Sozialisation wurzelt. Vielmehr werden Überanpassung und Autoritätshörigkeit durch Mechanismen und Erfahrungen mit erzeugt, die auf direkten oder indirekten Wirkungen von Prekarisierungsprozessen beru-

¹⁹ P. Bourdieu (Anm. 10), S. 72.

²⁰ Vgl. Erich Fromm, *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des dritten Reiches*, Frankfurt/M. 1983.

²¹ Vgl. Theodor W. Adorno u. a., *The Authoritarian Personality*, New York 1973 (Original 1950).

hen. Aber auch dort, wo moderne, partizipative Arbeitsformen existieren, gibt es offenbar einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Marktsteuerung von Arbeit, Formen des „Selbstregierens“²² und einer Art Selbstinstrumentalisierung, die nicht nur Leidensdruck erzeugt, sondern auch nach „Druckventilen“ sucht. Marktförmige Steuerungsmechanismen generieren offenkundig einen Zwang zum Selbstzwang, der tendenziell auf die gesamte Persönlichkeit ausstrahlt. In unterschiedlicher Weise bringt dieser Modus der Selbstzuschreibung in allen Zonen der Arbeitsgesellschaft Formen der Überanpassung hervor, die – wenn auch nicht zwangsläufig – in rechtspopulistische Orientierungen einmünden können. Je nach Position in der Arbeitswelt besitzen diese Orientierungen eine „konformistische“, eine „konservierende“ oder eine „rebellische“ Ausprägung.²³ Gemeinsam ist ihnen indessen, dass sie eine Form der „imaginären Integration“ in die Gesellschaft darstellen, die auf Kosten von Anderen, Schwächeren, Ausländern, eben von Outsidergruppen vollzogen werden soll.

Mit diesem Befund wird die Castelsche Befürchtung, derzufolge Gruppen im sozialen Abstieg ihre eigene soziale Position zu verteidigen suchen, indem sie Ressentiments als Triebfeder „gesellschaftlicher und politischer Aktion“ nutzen,²⁴ am Grunde noch überboten. Denn offenkundig ist das Ressentiment auch ein Mittel, das integrierte Gruppen nutzen können, um Wohlfahrtsansprüche der „Prekarier“ und „Entkoppelten“ zu delegitimieren. Allerdings gibt es auch Gegenteilendenzen. Sofern Prekarisierung aktiv-partizipatorisch bearbeitet wird, wächst die Chance, einen durch schwindendes „soziales Eigentum“ gefährdeten Bürgerstatus zu revitalisieren.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass partizipative und ressentimentgeleitete Verarbeitungsformen von Prekarität häufig dicht beieinander liegen. Dieselben Leiharbeiter, die sich in heftigen ausländischer

²² Michel Foucault, *Die Gouvernementalität*, in: U. Bröckling u. a. (Anm. 5), S. 41–67.

²³ Vgl. Klaus Dörre, *The increasing precariousness of the employment society – driving force for a new right-wing populism?* Paper prepared for presentation at the 15th Conference of Europeanists, Chicago, March 30 – April 2, 2006.

²⁴ R. Castel (Anm. 3), S. 67 f.

feindlichen Attacken ergehen, gründen gleichzeitig eine Tarifkommission und erkämpfen einen Tarifvertrag, sobald sie eine realistische Möglichkeit zur kollektiven Verbesserung ihrer Situation sehen. Um partizipatorische Verarbeitungsformen zu fördern, bedürfte es indessen einer mutigen „Politik der Entprekariisierung“, die neue Sicherheiten (zum Beispiel gesetzlicher Mindestlohn, Grundsicherung) mit einer konsequenten Förderung von Selbstorganisation der „Prekariarier“¹²⁵ und Ansätzen einer „solidarischen Ökonomie“¹²⁶ zu kombinieren hätte.

Aus Sicht vieler der von uns Befragten sind solche Ansätze seitens der politischen Parteien und Gewerkschaften jedoch allenfalls schwach entwickelt. Aktuell dominiert vielmehr eine Grammatik sozialer Auseinandersetzungen, die eine Überlagerung klassenspezifischer Verteilungskonflikte durch ent-solidarisierende Konkurrenzen um das „Dinnen“ und „Draußen“ verursacht. Diese Konflikte sind, wie gezeigt, durchaus mit Formen einer partikularen Sozialintegration vereinbar. Um „gehegte Konflikte“,¹²⁷ die gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern könnten, handelt es sich bei diesen Gruppenkonkurrenzen jedoch nicht. Einstweilen scheinen Prekariarisierungsprozesse die systemische Reproduktion westlicher Arbeitsgesellschaften nicht zu gefährden; dass die Sozialintegration intakt sei, wird man indessen kaum behaupten können.

¹²⁵ Vgl. U. Brinkmann u. a. (Anm. 5), Kapitel 7.

¹²⁶ Elmar Altvater, *Solidarische Ökonomie*, in: *Widerspruch* 50, Zürich 2006, S. 5–16.

¹²⁷ Helmut Dubiel, *Gehegte Konflikte*, in: *Merkur*, (1995) 12, S. 1095–1106.

Hartmut Häußermann

Desintegration durch Stadtpolitik?

In den Städten der westlichen, industrialisierten Welt geht seit zwei Jahrzehnten die Zahl der Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie zurück, denn anderenorts wird billiger produziert. Betroffen davon sind vor allem die gering Qualifizierten, zu denen auch die Migrantinnen und Migranten zählen, die einst als Hilfsarbeiter genau für jene Arbeitsplätze angeworben worden sind, die jetzt reihenweise wegfallen. Das soziale Sicherungssystem ist der großen Zahl von Ansprüchen, die als Folge von Arbeitslosigkeit entstehen, nicht gewachsen. Den Städten gingen gerade zu dem Zeitpunkt Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen verloren, als mehr Geld für soziale Aufgaben notwendig gewesen wäre. Die Zahl der Sozialwohnungen geht ständig zurück, so dass Haushalte, die auf sie angewiesen sind, in wenigen Vierteln mit billigen Wohnungen zusammengedrängt werden. Dort leben auch zahlreiche Migranten; entsprechend hoch ist in den Schulen der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Herkunftssprache, und er steigt laufend. Bildungsorientierte Eltern sehen dadurch die Zukunft ihrer Kinder gefährdet und verlassen die Quartiere. Die Folge ist, dass Quartiere entstehen, in denen sich die sozialen Probleme konzentrieren, in welche „die Überflüssigen“ abgeschoben werden: ausgegrenzte Quartiere, welche die Marginalisierung verstärken. In diesen ist das Konfliktpotenzial hoch; Ängste breiten sich hier aus.

Hartmut Häußermann

Dr. rer.pol., geb. 1943; Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.
hartmut.haeussermann@sowi.hu-berlin.de

Ausgrenzung durch Segregation

Integrationsprobleme haben in diesen Quartieren nicht nur die Migranten. Einheimische und Zugewanderte sind gleichermaßen von

den ausgrenzenden Wirkungen der Segregation betroffen, die von einer hohen Konzentration von Haushalten mit großen sozialen Problemen ausgehen. Der Deutsche Bundestag hat darauf reagiert: Im Jahr 2005 ist zur Verankerung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ der neue § 171e in das Baugesetzbuch aufgenommen worden, der einen Tatbestand für die Anwendung von städtebaulichen Maßnahmen beschreibt: „Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen (. . .). Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist.“ Gemeint ist hier, was man in der Sprache der Soziologie „Kontexteffekte“ nennt: Innerhalb eines Gebietes kommt es wegen der Zusammensetzung seiner Bewohnerschaft zu bestimmten Effekten – im vorliegenden Fall bestehen diese in einer zusätzlichen Benachteiligung der Benachteiligten.

Für die Stadtpolitik ist es ein revolutionärer Schritt, dass eine Benachteiligung durch die wirtschaftliche Situation der Bewohnerinnen und Bewohner als Ursache für städtebauliche Interventionen genannt wird. Damit wurde das Dogma, Stadtpolitik sei Städtebau und nichts sonst, aufgeweicht. Das zuständige Bundesministerium trägt seit diesem Jahr zum ersten Mal in seiner Geschichte folgerichtig den Begriff „Stadtentwicklung“ im Namen. Das ist nicht nur Kosmetik; dahinter steht die Erkenntnis, dass für die zukünftige Entwicklung der Städte die Steuerung der sozialen und sozialräumlichen Prozesse mindestens ebenso wichtig geworden ist wie der Um- oder Neubau von Wohnungen und Quartieren. Durch das Wohnen in marginalisierten Quartieren geraten Arme und Arbeitslose sozial und wirtschaftlich noch stärker ins Abseits – und für Migranten verfestigt sich die soziale Randlage, in der sie sich aufgrund kultureller Distanzen und geringer Arbeitsmarktchancen befinden.

Die unteren Schichten der Bevölkerung, die in den deklassierten Quartieren leben, geraten damit in einen Prozess der Desintegration, der sie von den Ressourcen der Gesellschaft weitgehend ausschließt und auch ihre Selbsthilfepotenziale negativ beeinflusst.

Effekte der räumlichen Segregation: Eine klassische Annahme der Stadtforschung zu den Effekten sozialer Segregation lautet: In einer Nachbarschaft, in der vor allem Modernisierungsverlierer, sozial Auffällige und sozial Diskriminierte wohnen und abweichende Normen und Verhaltensweisen mehr oder weniger selbstverständlich akzeptiert werden, wird ein internes Feedback erzeugt, das zur Dominanz abweichender Normen führt. Insbesondere Kinder und Jugendliche machen gar keine Erfahrungen mehr mit einem „normalen“ Leben. Wenn sie niemanden kennen, der einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgeht, entwickeln sie keine Vorstellung davon, dass pünktliches und regelmäßiges Aufstehen und die Aufrechterhaltung einer äußeren Ordnung (Selbstdisziplin) eine Lebensmöglichkeit darstellen, die mit gewissen Vorteilen verbunden sein kann.

Die „Verkehrskreise“ von Unterschichtsangehörigen sind lokal stark eingegrenzt und auf das Quartier konzentriert. Diese Netzwerke sind nicht nur enger als bei Angehörigen der Mittelschichten, sondern auch homogener, und dies hat Auswirkungen auf ihre Qualität: Eng geknüpfte soziale Netze, die sozial homogen sind, sind weniger nützlich als lose geknüpfte, heterogene Netzwerke.

Die Konzentration von Haushalten mit großen sozialen Problemen wird dadurch verstärkt, dass Familien, die über entsprechende Mittel und Informationen verfügen, aus dem Quartier wegziehen, weil sie Konflikten ausweichen und eine weitere Abwärtsentwicklung nicht erleben wollen. Dadurch wird den problembeladenen Stadtteilen soziales und kulturelles Kapital entzogen, was sie unter anderem auch in den Verteilungskämpfen der Stadtpolitik schwächt. Durch den Wegzug der Qualifizierteren und Integrierten gehen dem Gebiet soziale Kompetenzen verloren, die notwendig wären, um die lokalen Problemlagen zu analysieren, Forderungen zu formulieren und diese wirksam an die politischen Instanzen zu richten. Es besteht daher die Gefahr, dass sie auch politisch abgehängt werden.

Noch eine andere Befürchtung geht mit der stärkeren Segregation von Ausländern bzw. Angehörigen von ethnischen Minderheiten einher: Wenn sich soziale Marginalität und ethnische Segregation überlagern, kann sich bei solchen Gruppen eine Abhängigkeit von

internen Eliten bzw. Leadern herstellen, die bei schwindenden Außenkontakten zunimmt. Fundamentalistische Ideologien finden dann leichter Verbreitung, und die Kontrolle über „richtiges“, das heißt traditionsverhaftetes Verhalten wird schärfer. So werden Integrationsprozesse erschwert oder unterbrochen.

Räume sind auch symbolische Orte. Sie bilden gesellschaftliche Hierarchien und Machtstrukturen ab, und ihre Gestaltung ist selbst ein Mittel der Herrschaft. Die Bewertung von Räumen hat Folgen für die Bewohner, und sie dient der sozialen Strukturierung des Stadtraums. Ist erst ein gewisses Ausmaß der Abwärtsentwicklung erreicht, erhält das Quartier schnell ein negatives Image. Diese Stigmatisierung beeinflusst das Selbstwertgefühl der Bewohner, die nicht (bzw. nicht mehr) freiwillig im Gebiet wohnen. Sie fühlen sich als Gefangene. Außerdem kann sich eine stigmatisierende Außenwahrnehmung nachteilig auf die sozialen Teilhabechancen – insbesondere bei der Lehrstellen- und Arbeitsplatzsuche – auswirken. Stigmatisierung wird also zur symbolischen Gewalt.

Zur symbolischen Dimension von Ausgrenzung gehören auch die Funktionszuweisungen der Quartiere durch die städtebauliche Anlage und durch die Qualität der öffentlichen Räume – und durch die ästhetische Qualität sowohl der Gebäude als auch der Freiräume (Pflegezustand usw.). Auch offensichtliche Desinvestitionen und Vernachlässigung der Bausubstanz zählen zu den Formen symbolischer Demütigung oder symbolischer Gewalt, die das Selbstwertgefühl und die Lebensqualität beeinflussen.

Eine ausgedünnte und vernachlässigte Infrastruktur in einem Viertel verringert die Lebenschancen und -qualität seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Die lokale Politik, die auf die genannten Prozesse Einfluss nehmen könnte, kann also durchaus zu den negativen Effekten beitragen, die von residualisierten Quartieren ausgehen.

Spaltung der Stadt: Auf der anderen Seite der Stadt befinden sich die Quartiere der Privilegierten, in denen von der Zuspitzung sozialer Probleme und von den Segregationsprozessen in den Schulen faktisch nichts zu spüren ist. Am stärksten segregiert wohnen in den Städten immer die reichsten Haushalte –

aber die Separierung in „exklusiven“ Wohngebieten erfolgt freiwillig. Durch hohe Boden- oder Mietpreise, gestützt durch die Bebauungsplanung, werden Barrieren gegen die übrige Bevölkerung errichtet; diese soll die Kreise der Eliten möglichst nicht stören. Die Lebenswelten driften auseinander, die sozialen Distanzen werden größer – bis hin zur „Spaltung der Stadt“.

Das sind Anzeichen für eine drohende Desintegration. Haben die unterschiedlichen, auseinanderstrebenden Lebenswelten überhaupt noch etwas miteinander zu tun? Wie reagiert die Stadtpolitik auf diesen Prozess? Was kann sie zur Sicherung einer integrierten Stadt tun? Gibt es Bemühungen der Politik, die Stadtgesellschaft zusammenzuhalten – oder werden die Quartiere mit den notorischen und wachsenden sozialen Problemen in der Stadtpolitik sogar vernachlässigt und dadurch noch tiefer ins soziale Abseits gedrückt? Bewusst oder unbeabsichtigt? Wird die soziale Spaltung der Stadt durch eine Unterrepräsentation benachteiligter Gebiete im politisch-administrativen System und in den politischen Entscheidungsprozessen verstärkt?

Spaltung durch Politik? Das politische Gewicht der marginalisierten Stadtteile ist gering. An Wählerstimmen ist dort nicht viel zu gewinnen. Die hohen Anteile von nicht wahlberechtigten Ausländern und die niedrige Wahlbeteiligung der eingebürgerten und einheimischen Bewohner in solchen Gebieten führen dazu, dass sie kein politisches Drohpotenzial bilden; das ist auch das Ergebnis der Tatsache, dass sich die meisten Bewohner solcher Quartiere von der Politik weitgehend abgewandt und die Hoffnung bzw. das Vertrauen verloren haben, kommunale Politik werde sich um ihre Probleme kümmern. Die „objektive Ausgrenzung“ wird also durch eine wachsende „subjektive“ Distanz zur übrigen Stadt und zur Politik verstärkt. Der sozialen entspricht eine politische Marginalisierung.

Traditionellen Vorstellungen von der Stadtgemeinde, die sich um alle ihre Bürgerinnen und Bürger kümmert, liefe eine solche Abkoppelung zuwider. Doch sind solche Ideen noch relevant? Längst haben Stadtpolitiker doch die Parole ausgegeben, die Stadt sei ein Unternehmen, und die Bürgerinnen und Bürger seien Kunden. Romantische Vorstellungen von lokaler Solidarität haben da wenig

Platz. Wird die soziale Spaltung der Stadt also durch diese Unterrepräsentation benachteiligter Gebiete im politisch-administrativen System und in den politischen Entscheidungsprozessen der Städte verstärkt?

Die Repräsentation der Bedürfnisse und Interessen der Bewohner eines Stadtteils soll über die Interessenvertretung durch Parteien oder durch Mitglieder von Parlamenten einerseits, über Aktivitäten der Bewohner – etwa in Form von Wahlbeteiligung oder Bürgerinitiativen – andererseits, und zum dritten durch die Aufmerksamkeit des politisch-administrativen Systems auf die Probleme der Stadtteile und ihrer Bewohner erfolgen, durch seine „Responsivität“ also – wie diese Form der Interessenberücksichtigung in der Forschung genannt wird.¹

Der Abkoppelungsthese entspräche eine geringe Repräsentation der marginalisierten Quartiere auf allen drei Wegen – wohingegen Integration hieße, dass die Interessen der Quartiere über alle drei Wege gut vertreten werden (*Schaubild 1*). Die Bewohner der privilegierten Gebiete, so lautete die Hypothese am Beginn unserer empirischen Forschung, haben über alle drei Wege größere Einflussmöglichkeiten: Sie nehmen die Führungspositionen in den Parteien ein oder haben zumindest gute Kontakte dorthin, sie üben über öffentliche Aktionen Druck auf die politischen Entscheidungsträger aus, und sie gehören den Clubs und Netzwerken an, in denen die lokalen Angelegenheiten verhandelt und informell geregelt werden – manchmal erreichen diese informellen Koordinationsprozesse ja die Intensität von Filz und Korruption.

Wie die Bewohner auf eine solche Politik reagieren, kann man an der Wahlbeteiligung und manchmal auch am Wahlergebnis ablesen. Die Wahlbeteiligung liegt selten über 30 Prozent, und da in der Regel nur wenig mehr als die Hälfte der erwachsenen Bewohner wahlberechtigt sind, stützt sich die politische Repräsentation nur auf etwa 15 Prozent der erwachsenen Bewohner. Das ist wohl eher als Wahl-

enthaltung zu bezeichnen – und das Misstrauen in die Kommunalpolitik ist tatsächlich sehr groß, wie wir aus Befragungen wissen. Bei den Migranten und ihren Kindern ist der Abstand zum politischen System noch größer.

Das sind ganz sicher keine „Hochburgen“, auf die die Parteien besonders blicken müssten. Die marginalisierten Quartiere sind auf allen Ebenen schwächer bis gar nicht repräsentiert. Aber sind sie deshalb auch „abgehängt“? Fließen ihnen weniger Ressourcen zu, als es eigentlich nötig wäre?

Die großen politischen Parteien, das könnte eine Konsequenz sein, wenden sich von den Rändern der Städte ab. Dadurch kann entstehen, was man in Frankreich „soziale Apartheid“ nennt. In einer empirischen Untersuchung sind wir der Frage nachgegangen, ob die geringe politische Repräsentation tatsächlich zu einer zirkulären Verschärfung der Probleme und somit tendenziell zu einer Ausgrenzung ganzer Stadtteile führt.

Die empirische Untersuchung

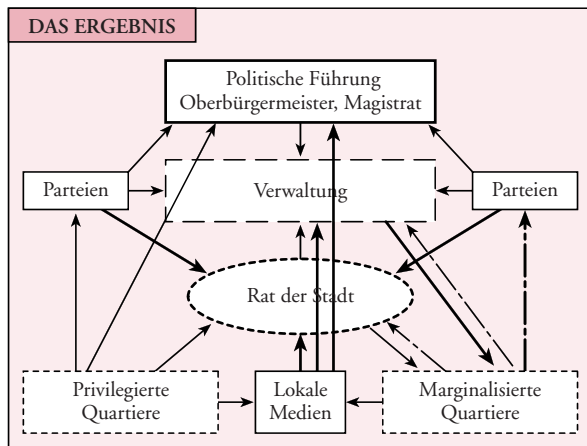
Um diesen Fragen nachzugehen, haben wir die politische Repräsentation von jeweils einem privilegierten und einem marginalisierten Quartier in vier Städten untersucht.² Die Untersuchung richtete sich auf insgesamt acht Quartiere in den vier Städten Berlin, Köln, Leipzig und Mannheim: in Köln auf die Stadtteile Hahnwald/Marienburg und Chorweiler, in Mannheim auf Oststadt und Schönau, in Leipzig auf Gohlis-Süd und Osten, in Berlin auf je ein Quartier in den Bezirken Zehlendorf und Wedding.

In diesen Städten und in den genannten Stadtteilen haben wir zahlreiche Interviews zur Rekonstruktion der politischen Beziehungen zwischen dem Stadtteil und dem politischen Entscheidungszentren geführt. Weiterhin wurden lokale Medien ausgewertet.

¹ Das Forschungsprojekt „Politische Repräsentation und Integration in der fragmentierten Stadt“ war Teil des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsverbundes „Stärkung von Integrationspotentialen einer modernen Gesellschaft“ und wurde in den Jahren 2002 bis 2005 unter der Leitung des Autors an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt. Katrin Luise Läger und Jens Wurtzbacher waren die wissenschaftlichen Mitarbeiter.

¹ Vgl. Melanie Walter, Politische Macht und Responsivität in der Großstadt – Eine Studie zur Einstellungskongruenz kommunalpolitischer Akteure am Beispiel der Stadt Stuttgart, 2002, elektronische Dissertation: <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2002/1026>.

Schaubild 2: Die politische Repräsentation von Stadtteilen – Ergebnis



Quelle: Eigene Darstellung.

bleiben, eine wichtigere Rolle als die formalen politischen Vermittlungsprozesse. Wenn die Medien einen sozialen Missstand immer wieder anprangern und auf die „Untätigkeit“ der Stadtpolitik verweisen, reagiert diese früher oder später. Das Argument, Quartiere würden dadurch stigmatisiert, ist weniger gewichtig als die Aufmerksamkeit, welche die sozialen Probleme dadurch erfahren.

Das Schema der vermuteten Repräsentationsweisen muss also bei beiden Quartierstypen korrigiert werden (Schaubild 2). Beide Quartierstypen spielen im politischen Entscheidungsprozess keine auffällige Rolle. Diese formale „Nicht-Präsenz“ hat in den Quartieren unterschiedlicher sozialer Prägung allerdings verschiedene Ursachen: Die Bewohner privilegierter Quartiere verfügen über hinreichend umfangreiche potenzielle Einflussmöglichkeiten, die sie im Falle des Bedarfs mobilisieren können; solange sie von der Entwicklung nicht tangiert werden, läuft es für sie gut. Tritt eine „Störung“ – etwa durch Bauplanung oder bedrohte Sicherheit – ein, dann können die Bewohner auf ihre politischen Netze und gesellschaftlichen Beziehungen zurückgreifen und ganz unspektakulär, aber doch wirksam Druck machen. Man kennt sich vom Golfclub, vom Neujahrsempfang oder vom Karnevalsverein.

Die Bewohner marginalisierter Quartiere dagegen besitzen wenig eigene politische Macht, sie sind nur gering von zivilgesell-

schaftlichen Organisationsstrukturen durchdrungen und können auf nur wenige direkte und persönliche Beziehungen zu stadtweiten Entscheidungsträgern zurückgreifen. Zudem haben sie nur ein geringes Vertrauen in „die Politik“, ihr Verhalten ist daher eher durch Enthaltensamkeit und Apathie geprägt.

Während die Bewohner privilegierter Quartiere eine Art Veto-Macht haben, die im administrativen und politischen Handeln auch durch vorausseilende Konfliktvermeidung ständige Berücksichtigung findet, muss die mangelnde Selbstrepräsentation der Bewohner marginalisierter Quartiere durch eine stellvertretende Berücksichtigung seitens der Administration kompensiert werden – und dies ist tatsächlich auch insofern der Fall, als sich das administrative Handeln an Grundsätzen der Ausgewogenheit und Fairness orientiert, weil sich die Stadtverwaltung mit ihrer engen Verflechtung zwischen Politik und Administration als Treuhänder der gesamten Stadt definiert. Allerdings ist eine Berücksichtigung der Bedarfe marginalisierter Gebiete keineswegs immer unangefochten, sondern steht in Konkurrenz zu einer Stadtpolitik, die sich verstärkt an der Standortkonkurrenz und damit an so genannten „Leuchttürmen“ orientiert.

„Wachstums-Regime“: Sieht man sich die offiziellen Dokumente der Städte zu Prioritäten und Zielsetzungen der Stadtpolitik an (Leitbilder, Stadtentwicklungsprogramme, Bürgermeisterreden), so ergibt sich ein Bild, in dem die marginalisierten Stadtteile nicht vorkommen. Die Selbstdarstellungen und die Leitbilder der Städte transportieren eine auf Wachstum ausgerichtete Strategie kommunaler Politik, die insbesondere auf die Erschließung neuer Investitionen im modernen Dienstleistungsbereich zielt und so eine erfolgreiche Bewältigung des ökonomischen Strukturwandels anstrebt. Die Interviews mit den leitenden Stadtpolitikern illustrierten und bestätigten diese Zielsetzungen. Stützt man sich nur auf diese, nach außen deutlich sichtbar transportierte und in Hochglanzbroschüren dokumentierte Seite der Stadtpolitik, so entsteht der Eindruck einer entschlossenen

¹ Vgl. dazu Hartmut Häußermann/Katrin Luise Läger/Jens Wurtzbacher, Vertrauen und solidarische Einstellungsmuster bei Stadtbewohnern, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 6 (2004), S. 32–62.

„Wachstumskoalition“, deren Zielen alle übrigen Bereiche der Stadtpolitik untergeordnet werden. Argumentationen in dieser Logik enthalten beispielsweise die Aussage, dass es wenig Sinn ergebe, in benachteiligte Quartiere zu investieren, da die Ansiedlung neuer Betriebe mit absoluter Priorität zu behandeln sei, denn dies sei die beste Sozialpolitik – eine Theorie des „Filtering-down“ von Wachstum, für die man allerdings in der heutigen lokalen Arena wenig Evidenz findet.

In den Gesprächen mit den politischen Repräsentanten der Stadt, den Parteivertretern sowie mit Aktivisten in den benachteiligten Stadtteilen zeigt sich jedoch auch ein anderes Bild: Die mit wachsender Arbeitslosigkeit und zunehmender Armut sowie schärferer sozialer Segregation verbundenen sozialen Probleme sind im Bewusstsein von Lokalpolitikern durchaus präsent und werden auch ernst genommen, das heißt, dass durchgängig der Wunsch und die Zielsetzung geäußert werden, man wolle diesen Entwicklungen entgegenzutreten und den sozialen Zerfall der Stadt verhindern.

„Integrationsregime“: Nähert man sich der Stadtpolitik nur von der Seite der unterprivilegierten Stadtteile und der Verwaltung der sozialen Probleme, so entsteht ein Bild, in dem sich, parallel zu den Aktivitäten der Wachstumskoalition, stadtpolitische Akteure unter der Zielsetzung einer sozialen Integrationspolitik für benachteiligte Stadtviertel versammeln: Sozialverwaltung und Stadtplanung, Teile der politischen Parteien und Teile der Medienöffentlichkeit, die Bezirksvertretungen und die politischen Initiativen aus den Bezirken sorgen durch ein dichtes institutionelles Geflecht und durch mediale Repräsentation dafür, dass die Stadtteile mit hoher Konzentration sozialer Probleme nicht ins Abseits der politischen Aufmerksamkeit geraten. Im politischen Entscheidungsprozess sind die marginalisierten Stadtteile zwar formell nicht stark repräsentiert, und auch ihre informellen Verbindungen zur politischen Spitze der Stadt sind rar, aber dennoch werden sie in den laufenden Entscheidungsprozessen, die in der Verwaltung vorbereitet und implementiert werden, nicht ignoriert.

Gerade die Skandalisierung von Problemlagen in den Medien, durch die in der Regel die vorgefundene Realität übertrieben dargestellt

wird, sorgt dafür, dass die Aufmerksamkeit gegenüber sozialen Problemen und den davon besonders geprägten Stadtteilen nicht nachlässt. Denn die Skandalisierung von sozialer Spaltung und Marginalisierung trifft auf zwei Sensibilitäten: auf ein normatives politisches Bewusstsein bei Mitgliedern der Verwaltungen und bei politischen Repräsentanten („soziales Gewissen“) für die Notwendigkeit einer sozial ausgleichenden Stadtpolitik einerseits, andererseits auf die Furcht vor einem Negativimage der Stadt, das aus „schlechten Nachrichten“ resultiert und das „Investitionsklima“ oder die Attraktivität einer Stadt beeinträchtigen könnte.

Die Stadtpolitik wird also nicht durch ein neoliberales Regime oder durch eine Wachstumskoalition allein beherrscht, vielmehr ist in den Städten ein duales Regime zu beobachten: Der Wachstumskoalition, die über erhebliche politische Macht verfügt, steht ein Integrationsregime gegenüber, das vielfältig institutionell verankert ist und die Interessen der sozial bedürftigen Bevölkerung und der stigmatisierten bzw. marginalisierten Stadtteile wahrnimmt. In diesem dualen Regime zeigt sich eine Arbeitsteilung, die zwei Seiten der städtischen Entwicklung abbildet.

Das Wachstumsregime will dafür sorgen, dass die Sichtbarkeit der Stadt in der nationalen und internationalen Städtekonkurrenz erhöht wird – große Ereignisse und die damit verbundene „Festivalisierung der Stadtpolitik“¹⁴ sind dafür bevorzugte Mittel. Die Förderung der international wettbewerbsfähigen Teile der Ökonomie in der Stadt, die Unterstützung von Entwicklungen, die als „Hightech“ umschrieben werden, und die besondere Förderung von „Entwicklungsgebieten“ bilden das übliche Instrumentarium des Wachstumsregimes. Dazu gehört auch die Bevorzugung der Innenstadt bei öffentlichen Investitionen, die Förderung des Baus von Büro-, Konsum- und Unterhaltungskomplexen sowie von Einrichtungen, die dem Tourismus dienen. Um den Zuzug hoch qualifizierter Arbeitskräfte in den „kreativen Dienstleistungsberufen“ zu erleichtern, wird auch die Aufwertung von Wohngebieten im

¹⁴ Vgl. Hartmut Häußermann/Walter Siebel (Hrsg.), Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtpolitik durch große Projekte, Leviathan Sonderheft 13, Opladen 1993.

innerstädtischen Bereich verlangt, ohne eine entsprechende sozialpolitische Absicherung der dadurch verdrängten Bevölkerungsteile ernsthaft ins Kalkül zu ziehen.

Die Kehrseite dieser Politik ist eine wachsende Kluft zwischen den wettbewerbsfähigen Teilen der Stadt und denjenigen, die für internationale Investoren uninteressant sind und deren Bewohner auf den sich verändernden Arbeitsmärkten nicht mehr Fuß fassen können. Dieser Spaltung arbeitet das Integrationsregime entgegen, das explizit eine Politik gegen soziale und räumliche Exklusion betreibt. Diesem Regime, das aus Teilen der Verwaltung, aus Wohlfahrtsverbänden, Bürgerinitiativen, Teilen der politischen Parteien und den Kirchen, Teilen der Medien und den Gewerkschaften gebildet wird, liegt ein Verständnis von Stadtpolitik als *integrative* Politik zugrunde. Die öffentliche Verwaltung, die als Treuhänder der gesamten Stadt im Sinn der Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und sozialer Integration auftritt, bildet regional und zeitlich beschränkt einen potenten Partner. Das Integrationsregime stützt sich vor allem auf Förderprogramme, die von den Bundesländern, dem Bund und von der EU zur Verfügung gestellt werden.

Denn im Verteilungskampf um die knapper werdenden Mittel aus den kommunalen Budgets behält das Wachstumsregime in der Regel die Oberhand. Das Integrationsregime muss sich daher auf die Einwerbung von Mitteln aus Sonderprogrammen des Bundes oder der EU konzentrieren, hat dafür aber bisher in der Regel auch den notwendigen Eigenanteil, den die Kommune aufzubringen hat, mobilisieren können. Gäbe es die Bereitstellung von Fördermitteln durch übergeordnete politische Ebenen nicht, wäre das Integrationsregime auf kommunaler Ebene allerdings gegenüber dem Wachstumsregime sehr in der Defensive.

Zu klären bleibt allerdings, ob die integrative Treuhänderrolle der Verwaltung strukturell verankert und festgeschrieben ist, oder ob diese sich lediglich auf das Bewusstsein der aktuellen Führungseliten stützt, deren politische Sozialisation zur Zeit einer starken Geltung von Gleichheits- und Gerechtigkeitsnormen in den sechziger und siebziger Jahren stattfand. Wäre dem so, dann könnte ihre Position schon bald gegenüber den nachrückenden Akteuren, die andere Prioritäten setzen,

ins Hintertreffen geraten. Es stellt sich also die Frage nach der Beständigkeit des Integrationsregimes, das gegenwärtig – trotz aller politischen Rhetorik zum Abbau von Wohlfahrtsstaat und zu schwindender Bedeutung öffentlicher Eingriffe – noch eine wirksame Sicherungs- und Schutzfunktion gegen die Tendenzen von Fragmentierung und Marginalisierung darstellt.

„Soziale Stadt“ – begrenzte Reichweite

Abgehängt sind die marginalisierten Quartiere nicht. Dazu trägt auch das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ bei, das in den Städten die Aufmerksamkeit für Fragmentierungs- und Ausgrenzungstendenzen geweckt oder geschärft hat. Dieses Programm, das die Bekämpfung der Abkoppelung von Quartieren und die Verbesserung der Lebenschancen der Bewohner zum Ziel hat, ist auf Städtebauförderung gerichtet. Es gibt den Städten Instrumentarien an die Hand, mit denen bauliche oder städtebaulich-funktionale Probleme zuverlässig bearbeitet werden können. Das Programm, das auf die Quartiersentwicklung in seiner ganzen Komplexität zielt, ist jedoch auf die Kooperation mit anderen Ressorts angewiesen, denn die Probleme im Bereich der schulischen Bildung, der familiären Fürsorge, der Situation im öffentlichen Raum, der Jugendkultur und der lokalen Ökonomie können nicht als Klientel-Probleme definiert und isoliert gelöst werden. Integrierte Handlungsprogramme, wie sie das Bund-Länder-Programm vorsieht, sind dringend notwendig. Die Probleme der Quartiere liegen zwar nur zu einem geringen Teil im baulich-physischen Bereich, aber die für die anderen Bereiche zuständigen Ministerien haben sich bisher zu einer Kooperation kaum bereit gefunden.¹⁵

Dies spiegelt sich in der lokalen Organisation der Quartierspolitik wider. Sie ist typischerweise bei den Stadtplanungsabteilungen angesiedelt, wo Ingenieure die Entscheidungen treffen. Diese zweifeln nicht daran, dass sie wissen, was zu tun ist, und sorgen mit großer Energie für Investitionen. Sie entsprechen

¹⁵ Die Ergebnisse der Zwischenevaluation finden sich auf der Homepage des Programms: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/evaluationsberichte/zwischenevaluierung-2004/>

daher der aus rechtlichen Gründen vorgegebenen Richtlinie, wonach die Bundesmittel lediglich für Investitionen eingesetzt werden dürfen. Bauliche Investitionen sind sicher nützlich, tangieren aber nur selten den Kern der Quartiersprobleme.

Die Stadtpolitik hat, wenn die Quartiersprobleme vorwiegend als baulich verursacht definiert werden, ihre Schuldigkeit getan, wenn die Investitionsmittel planmäßig verbaut sind. Dafür, dass die Bewohnerinnen und Bewohner danach immer noch unter Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit leiden, dass die Kinder der Migranten immer noch nicht gut Deutsch sprechen, muslimische Mädchen immer noch nur unter Aufsicht die Wohnung verlassen dürfen und dass sich die Jugendlichen in Banden organisieren, damit überhaupt etwas los ist am ereignisarmen Stadtrand – dafür kann ja die Stadtplanung nichts. Sie verwaltet zwar die Gebiete ordentlich, aber sie kann den Bewohnern keine Perspektive bieten: Diese sind nicht vergessen, sie und ihre Probleme werden mit den Instrumenten, die der Administration zur Verfügung stehen, zuverlässig verwaltet. An ihrer Randständigkeit ändert sich dadurch jedoch kaum etwas. Die Bewohner dieser Quartiere leben in einer *verwalteten Marginalität*.

Die Stadtpolitik konzentriert sich – der Wachstumslogik folgend – auf die Teile der Stadt, die ein „Potenzial“ haben. Das sind Standorte, die Investitionen anziehen, wo sich also privates Kapital mit öffentlichen Mitteln zu einer Wachstumsperspektive verbünden kann. Das knappe öffentliche Geld soll produktiv investiert werden, nicht konsumtiv.

Bund und Länder haben sich kürzlich auf einen Experimental- bzw. Innovationsfonds im Rahmen des Programms Soziale Stadt geeinigt, bei dem die investive bzw. nichtinvestive Verwendung der Mittel an den tatsächlichen Problemen der Quartiere orientiert werden kann, wie es bereits beim EU-Programm URBAN der Fall war. Beginnt damit eine neue Ära der Stadtpolitik, die Desintegration effektiver bekämpfen und soziale Integration unterstützen kann?

Rainer Dollase · Kai-Christian Koch

Die Integration der Muslime

Seit dem Aufkommen des islamischen Fundamentalismus und der sich häufenden weltweiten Attentate ist immer wieder die nahe liegende Vermutung aktualisiert worden, der normale muslimische Mitbürger in den westlichen Industriestaaten und anderswo könne in Kollektivhaftung für die Untaten der Fundamentalisten genommen werden. Diese Vermutung ist wissenschaftlich banal. Das rationale Argument gegen eine derartige Pauschalisierung ist so alt wie die Vorurteilsforschung selbst: Selbstverständlich darf man nicht alle „über einen Kamm scheren“, von den terroristischen Fundamentalisten auf alle Muslime schließen und schon gar nicht die friedlichen Muslime diskriminieren. Wer sich öffentlich äußert, muss, wie in einem Ritual, den Pauschalisierungsverdacht ächten. Vorurteile verstoßen, einer alten, bewährten Definition gemäß, gegen Normen der Rationalität, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit.

Rainer Dollase

Dr. phil., geb. 1943; Professor an der Universität Bielefeld, Abteilung Psychologie und Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld.
rdollase@gmx.de

Kai-Christian Koch

Dr. phil., geb. 1971; Universität Bielefeld, Abteilung Psychologie, Postfach 100131, 33501 Bielefeld.
Kai-Christian.Koch@uni-bielefeld.de

Das Ziel unserer empirischen Untersuchung¹ bestand darin, die Bewertung und soziale Distanz zu muslimischen Menschen in der Bundesrepublik in einer aktuellen und tatsächlich geheimen Umfrage zu eruieren – „tatsächlich geheim“ deshalb, weil bei Meinungsumfragen der Institute immer noch ein telefonischer Kontakt besteht bzw. bei manchen Forschungsprojekten ein Face-to-Face-Kontakt zwischen Interviewer und Befragtem zustande kommt. In beiden Situationen

¹ Rainer Dollase/Kai-Christian Koch, Die Integration muslimischer Menschen, Wiesbaden 2006 (i. E.).

könnten die Antworten geschönt werden. Mit unserer Umfrage bei 6 500 Personen setzen wir auf völlige Anonymität, indem wir eine schriftliche postalische Befragung wählen. Eine weitere Besonderheit: Es wurden elf Berufsrollen bzw. soziale Rollen in getrennten Stichproben untersucht: Erzieher, Krankenpflegepersonal, Sozialpädagogen, Lehrer, Schüler Sekundarstufe I, Schüler Sekundarstufe II, Eltern Sekundarstufe I, Studierende, Polizisten, Angestellte und Journalisten (online). Insgesamt über 900 Fragen in fünf Versionen des Fragebogens wurden erhoben – ein komplexes Datenkonvolut, das Ende des Jahres in einer größeren Publikation zusammengefasst werden wird. Berufsrollen und soziale Rollen wurden deshalb untersucht, weil sie für öffentlich gesteuerte Integrationsprogramme einfacher und vollständiger zugänglich sind. Schulen sind leicht zu erreichen, die genannten Berufe sind meist im öffentlichen Dienst angesiedelt, Arbeiter und Angestellte können über die betreffenden Betriebe etc. kontaktiert werden. Die ominöse „repräsentative Öffentlichkeit“, in der nur 40 Prozent über eine berufliche Arbeit zu erreichen wären, ist demgegenüber schwer zugänglich. Die Studie konzentriert sich – eine weitere Besonderheit – stärker auf die Integration als auf die Desintegration. Gleichwohl verhalten sich Integration und Desintegration spiegelbildlich: Was an Integration fehlt, macht Desintegration aus. Vorrangiges Ziel war die Erfassung von individuellen, psychischen Integrationspotenzialen, das heißt von Voraussetzungen der Menschen in den Stichproben und deren Möglichkeiten der Integration von Muslimen.

Der starke Anwendungsbezug der Studie erforderte ein Mehr an methodischem Aufwand, das heißt, wer Empfehlungen für das Handeln in der Praxis geben möchte, muss die Validität – die Gültigkeit – seiner Fragebogenantworten etwas gründlicher testen als das gemeinhin in wissenschaftlichen Untersuchungen üblich ist. Es wurden zahlreiche Fragen zur Erfassung von Fremdenfeindlichkeit – bekannte und weniger bekannte – gestellt, um zu sehen, wie sich ein Prozentsatz der Distanz oder Ablehnung von muslimischen Menschen durch die Art der Fragestellung verändert. Deshalb ergibt sich in dieser Studie eine sehr breite Palette von Antworten auf muslimskeptische oder -feindliche Fragen, so dass man relativ beliebig von einem sehr mus-

limfreundlichen bzw. -feindlichen Gesamtergebnis reden könnte – gewiss eine unangenehme Konsequenz für die Wissenschaft, aber für die Praxis eine folgenreiche Aussage.

Zunächst zu den Daten: Die besondere Geheimhaltung in dieser Studie hat dazu geführt, dass in einigen der Stichproben die Meinungen des repräsentativen Bevölkerungsschnitts um fast 20 Prozent übertroffen werden, so etwa bei der Zustimmung zu dem Item „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Die Zustimmung hierzu liegt beispielsweise in den Schülerstichproben bei über 40 Prozent, also erheblich und nicht nur statistisch signifikant über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Darüber hinaus wurden sehr direkte Fragen, etwa „Ich bin ziemlich ausländerfeindlich“ oder „Bewerten Sie folgende Nation und Religion in Schulnoten von 1 = sehr gut bis 6 = ungenügend“ gestellt, die kaum jemand zu stellen wagt. Oder es wurden auch Aussagen zum Verhalten gegenüber Muslimen („Ich behandle Muslime abweisender als andere“) oder zur sozialen Distanz („Ein strenggläubiger Muslim kann in meine Familie einheiraten“) geprüft. Allgemeines Ergebnis: Bei den klassischen Ablehnungsfragen, die in ihrer sozialen Unerwünschtheit leicht durchschaubar sind, gelangt man bei den „braven“ und von Berufs wegen positiv eingestellten Berufen (Sozialpädagogen, Lehrer, Krankenpfleger, Erzieher und Journalisten) zu niedrigen Werten von weniger als zehn Prozent, aber bei Schülern, bei der Polizei und den Arbeitern/Angestellten zu deutlich höheren Werten.

Generell kann man bei den Berufen drei Gruppen unterscheiden, zu denen sich die noch fehlenden Berufsgruppen jeweils mit einer gewissen Distanz zuordnen lassen: 1. die Polizisten und die Angestellten, 2. die Schüler und 3. die eher „positiven Berufe“ Erzieher, Krankenpfleger und Sozialpädagogen, die sich generell als sehr ausländer- und muslimfreundlich darstellen (Ergebnis einer so genannten Clusteranalyse). Das gilt für die Lehrer und noch radikaler für die Studierenden – Journalisten gehören ebenfalls eher zu den positiv eingestellten Berufsgruppen.

Ein interessanter Hauptbefund besteht darin, dass die Bewertung der und Meinung über Muslime nicht unbedingt auf die soziale Distanz zu ihnen schließen lässt. Soziale Dis-

tanz besteht etwa dann, wenn die Frage, ob zum Beispiel ein strenggläubiger Muslim in die eigene Familie einheiraten kann, mit Nein beantwortet wird. Überraschenderweise schwankt die Ablehnung der Einheirat in die eigene Familie von ungefähr 32 Prozent bei den Sozialpädagogen bis zu 68 Prozent bei den Schülern, über 60 Prozent bei den Lehrern, bei der Polizei, bei den Angestellten etc. Das Problem in der Einstellung zu Muslimen ist also nicht die Einübung einer „Political Correctness“ im Sprachgebrauch, sondern die darunter verborgene soziale Distanz, die sich auch in der Ablehnung des Kontaktes bzw. der Verneinung eines Wunsches nach *mehr* Kontakt mit Muslimen manifestiert. So lehnen selbst bei den Studierenden rund die Hälfte eine Kontaktzunahme zu Muslimen ab. In den anderen Stichproben liegt die Ablehnung weiteren Kontaktes noch höher, etwa bei den Polizisten bei 84,8 Prozent. Natürlich bejaht kein Lehrer, kein Erzieher, kein Polizist, kein Sozialpädagoge oder Krankenpfleger eine Frage wie „Ich bin ziemlich ausländergefährlich“. Auch ist der Anteil der Rechtsextremen in den von Berufs wegen zur politischen Korrektheit verpflichteten Stichproben wie Studierende, Lehrer, Erzieher, Polizisten, Sozialpädagogen, Krankenpfleger und Journalisten mit weniger als einem Prozent außerordentlich gering – trotz völliger Anonymität der Erhebung. Obwohl sich 87 Prozent der Studierenden für „ausländerfreundlich“ halten, lehnen doch immerhin fast 40 Prozent die Einheirat eines strenggläubigen Muslim in die eigene Familie ab.

Schon in der Beantwortung von Varianten von Fragen, mit denen die Ausländerfeindlichkeit bzw. Muslimfeindlichkeit (zwischen beiden gibt es kaum einen Unterschied) gemessen werden soll, zeigt sich eine gewisse Ambivalenz der untersuchten Stichproben. Um diese noch deutlicher zu machen, haben wir auf die Frage „Ich halte mich für eher skeptisch und ablehnend gegenüber Ausländern“ bei denjenigen nachgefragt, die diese bejaht haben, die also strikt Ausländer ablehnen bzw. muslimfeindlich sind. Die Nachfrage bezog sich dann auf die Diskriminierung bzw. Gewaltablehnung. In fast allen Stichproben (mit Ausnahme der beiden Schülerstichproben) haben sich nahezu alle, die sich als heterophob deklariert haben, *dagegen* ausgesprochen, dass Fremde in Deutschland diskriminiert werden sollen bzw. dass sie Gewalt

gegen Fremde billigen. Bei den beiden Schülerstichproben sind es immerhin noch 70 bis 80 Prozent, die sich eindeutig gegen Diskriminierung und Gewalt gegen Fremde – trotz eingestandener Ausländerfeindlichkeit – aussprechen.

Was wollen also die Befragten? Sie sind skeptisch, sie sind sozial distanziert, aber sie wollen auf keinen Fall, dass es fremdenfeindliche Gewalt und Diskriminierung gibt. Eigentlich wollen sie nicht viel mit den Zugewanderten zu tun haben, aber sie möchten auch nicht, dass Diskriminierung und Gewalt die Ausdrucksformen dieser skeptischen Haltung sind. Toleranz heißt ja, etwas dulden, mit dem man nicht einverstanden ist. Insofern sind unter den Zuwanderungsgegnern immer auch viele (je nach Beruf – alle), die auf keinen Fall Diskriminierung und Gewalt gegen Fremde wünschen – also: Diskriminierung ablehnende Zuwanderungsgegner.

Eine solche Einstellungslage ist mit Sicherheit immer labil – Distanz und Skeptizismus sind latent vorhanden, auch wenn der Verstand und die politische Bewertung das auskömmliche und friedliche Miteinander beschwört. Umso beeindruckender sind die Antworten auf Fragen nach den *möglichen Verschlechterungen der Meinung über Muslime*. Wenn die Muslime sich „über die Attentate der Fundamentalisten freuen“ sollten, so führt das in allen Berufsgruppen und sozialen Rollen bei fast 90 Prozent zu einer Verschlechterung der Meinung. Auch wenn Muslime „Mischehen verbieten“, wenn deren „Bevölkerungsanteil steigt“ oder wenn eine „Moschee in der Nachbarschaft gebaut“ wird, geben bis zu 50 Prozent an, dass sich ihre Meinung dann über die Muslime verschlechtern würde. Man kann also recht klar eskalierende Bedingungen angeben, unter denen sich dieses labile Meinungsbild eindeutig verschlechtern wird. Allerdings – gefragt, ob sich dann auch die Meinung über Christen verschlechtern würde, wenn sie zum Beispiel die Mischehen verbieten, geben die Befragten zu erheblichen Prozentsätzen an, dass sich dann ihre Meinung über Christen verschlechtern würde – aber natürlich deutlich weniger als bei den Muslimen.

Generell ist eine gehörige Religionsdistanz der Befragten auch zu Christen in den Stichproben bemerkbar. Religion als bedeutsames

Unterscheidungsmerkmal von Menschen spielt im Rahmen der Kriterien Bildung, Beruf, Geschlecht, Alter und Nationalität die geringste Rolle. Der Bildungsstatus ist in allen Stichproben das Kriterium, nach dem Menschen hierarchisch sortiert werden. Der Bildungsstatus wird in keinem Antidiskriminierungsgesetz der Welt benannt – „Dumme“ dürfen offenbar überall diskriminiert werden.

Der ursprüngliche Ansatz unserer Untersuchung, die Integrationsvoraussetzungen in den verschiedenen Stichproben zu bestimmen, um auch eine spezifische Strategie der Ansprache oder der Mithilfe bei der Integration der Muslime zu erreichen, konnte lediglich eingelöst werden. In der Tat ist es beruhigend zu wissen, dass diejenigen, die mit Kindern zu tun haben, also Erzieher, Lehrer bzw. im Sozialwesen Arbeitende, eine politisch korrekte Einstellung zur Integration der Muslime besitzen. Dass insbesondere Studierende – der akademische Nachwuchs – hier kaum in seiner positiven Einstellung schwankt, lässt für die Führungselite der Zukunft gewisse Hoffnungen zu.

Im Einzelnen wurde geprüft, welches Wissen über die Muslime vorhanden ist, wie die Kontaktsituation zu ihnen aussieht, weil bekannt ist, dass Wissen und Kontakt, insbesondere die gemeinsame Arbeit mit „Fremden“, die Einstellung verbessert. Auch die soziale Identität wurde unter die Lupe genommen; es wurde geprüft, ob sie die Einbeziehung von „Fremden“ zulässt. Die Ressourcen, die Zufriedenheit mit dem Job, mit den Vorgesetzten, mit der gesellschaftlichen Situation, mit der Anerkennung in der Gesellschaft etc. wurden ebenso erfasst. Generell kann gelten: Wer Wissen über Muslime besitzt, neigt eher zur Akzeptanz. Wer religiös ist und mit seiner eigenen Religion zufrieden ist, bewertet auch Muslime besser. Wer mit Muslimen zusammen arbeitet, hat weniger Distanz zu ihnen, und wer mit seinem Leben zufrieden ist, wirft ebenfalls einen positiven Blick auf muslimische Menschen.

Diese eher positiv stimmenden Befunde in allen Stichproben werden noch ein wenig untermauert durch die Erhebung der Akkulturations- bzw. Integrationsziele. Die Deutschen in den verschiedenen Stichproben präferieren die so genannte „Salad Bowl“, die Salatschüssel (alle behalten ihre Eigenheiten

bei, vermischen sich aber) und/oder auch die „unauffällige Präsenz“ der Muslime, lehnen allerdings die Idee einer „Parallelgesellschaft“ ab. Die Muslime ihrerseits finden die „Salad Bowl“ als Zielvorstellung positiv, lehnen aber die „unsichtbare Präsenz“ eher ab. Die „Parallelgesellschaften“, die Ghettos also, werden etwas besser, aber nicht gut beurteilt und haben bei den Muslimen selbst, die sich in einigen Stichproben fanden, etwa bei den Schülern und Eltern, ein ähnliches Image wie die Assimilation. Wer allerdings unter den Nicht-Muslimen fremdenfeindlich ist, der lehnt den Satz „Die Zugewanderten vermischen sich mit den Einheimischen, behalten aber ihre eigenen Sitten, Gebräuche und Religionen bei“ ab. Fremdenfeinde präferieren die Assimilation. Nach den Integrationsmethoden und -maßnahmen gefragt, sind die Antworten der Teilnehmer aller Stichproben relativ ähnlich. Am besten werden bewertet: „sich miteinander befreunden“, „mehr Wissen übereinander erwerben“, „gemeinsam an kooperativen Aufgaben arbeiten“, „Arbeit und Sport zusammen treiben“ und „die Gemeinsamkeiten betonen“. Am schlechtesten schneidet in allen Stichproben die „Betonung der Unterschiede“ ab. Am besten hätte die Integration in allen Stichproben im Kindergarten, in den Schulen, in den Sportvereinen, in der Gesellschaft und in den Medien stattfinden sollen – besonders schlecht werden mit ihrer Integrationspotenz die Politik, die politischen Parteien, die Polizei und die Wirtschaft bewertet.

Ein dicker Wermutstropfen ergibt sich allerdings, wenn man die Präferenzen der Integrationsmethoden mit der Fremdenfeindlichkeit in Verbindung bringt. Hier zeigt sich deutlich, dass diejenigen, die fremdenfeindlich sind, auch alle Integrationsmethoden besonders schlecht bewerten. Wer fremdenfeindlich ist, will zum Beispiel mit den Fremden *keine* gemeinsamen Arbeiten unternehmen und sich mit ihnen eben *nicht* befreunden – eine anerkannte Integrationsmethode zwar, die aber gerade von den Fremdenfeinden abgelehnt wird. Das heißt im Klartext: Erfolgreiche Integrationsmaßnahmen auf dieser Ebene finden nicht den Beifall derjenigen, die sie eigentlich nötig hätten.

Und noch ein auf den ersten Blick außerordentlich verblüffender Befund sei genannt: Wer glaubt, dass „die Gesellschaft“ für die Lösung des Problems der Integration zustän-

dig ist, ist nicht etwa fremdenfreundlicher, sondern fremdenfeindlicher. Der Satz „Fremdenfeindlichkeit ist ein gesellschaftliches Problem und muss gesellschaftlich gelöst werden“, ist unter Forschern, Integrationsforschern insbesondere, und in der intellektuellen Öffentlichkeit meist positiv besetzt. In dieser Umfrage allerdings gilt ausnahmslos, dass diejenigen, die das Problem der Integration auf die Gesellschaft, auf den Staat verschieben, eindeutig fremdenfeindlicher sind, und zwar in allen Stichproben, auch bei Studierenden, auch bei ErzieherInnen, auch bei KrankenpflegerInnen. Der Satz „Fremdenfeindlichkeit muss gesellschaftlich gelöst werden“ korrespondiert mit größerer Fremdenfeindlichkeit und mit einer größeren sozialen Distanz zu Muslimen. Wenn allerdings die Bereitschaft zur Übernahme von Eigenverantwortung für die Integration besteht, dann läuft diese parallel mit einer besseren Einstellung gegenüber Muslimen und Fremden. Dieser Befund, der sich in allen – bzw. der letzte in fast allen – Stichproben replizieren ließ, ist nur psychologisch verständlich: Wer Unbehagen über die Anwesenheit von Muslimen und Fremden in der Bundesrepublik empfindet, möchte nicht selbst daran arbeiten, dass dieses verschwindet, sondern er möchte, dass andere – die Gesellschaft, der Staat etc. – etwas dagegen tun und ihm dieses Unbehagen auch nehmen. „Irgendwie“ gesellschaftlich wird ihm dann die Arbeit an seinen Vorurteilen abgenommen. Für die Integrationsarbeit vor Ort ist dies eine delikate Schwierigkeit.

Was kommt aus der Studie insgesamt heraus? Ein Großteil der deutschen Befragten ist in der Lage, Unbehagen und soziale Distanz politisch korrekt zu überspielen. Im Sozial- und Erziehungswesen agieren Menschen, die ihre Lektion gelernt haben. Alle wollen weder Diskriminierung noch fremdenfeindliche Gewalt, sie möchten, dass es keine Probleme gibt. Ein Nahziel der Integrationsarbeit wird aber sein müssen, dass man die Eigenverantwortung für die Integration der Muslime und der anderen Zugewanderten deutlicher als bisher macht und die Herstellung von Eigenverantwortung zu einer konkretisierbaren politischen Strategie wird.

Ferdinand Sutterlüty

Wer ist was in der deutsch-türkischen Nachbarschaft?

Soziale Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen sind im alltäglichen Zusammenleben immer mit Bewertungen der jeweils anderen Gruppe verbunden. Dies gilt für Ungleichheiten, die auf Einkommen, Bildung und Beruf beruhen, ebenso wie für solche, die mit der Zugehörigkeit zu einer Generation, einem Geschlecht oder einer ethnischen Gruppe verknüpft sind. In der Sozialstruktur repräsentiert sich nicht nur eine Verteilungsordnung materieller Güter, sondern zugleich ein gesellschaftliches System wertender Kategorisierung. Die Sozialstruktur ist daher

Ferdinand Sutterlüty

Dr. phil., geb. 1962; Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie der Justus-Liebig-Universität Gießen und Mitglied des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main, Senckenberganlage 26, 60325 Frankfurt/Main. Sutterluety@em.uni-frankfurt.de

immer auch eine „symbolische Ordnung“, in der sich die normativen Wahrnehmungskategorien verschiedener Bevölkerungsteile abbilden. Sie stellt „klassifikatorische Muster sozialer Ungleichheit“ bereit, „die mit Zuschreibungen verbunden sind, die Achtung und Mißachtung signalisieren“. ¹ Kämpfe um solche symbolischen Ordnungen waren Gegenstand der empirischen Studie „Negative Klassifikationen“, die in den Jahren 2002 bis 2005 am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main durchgeführt wurde ² und

¹ Sighard Neckel, Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit, Frankfurt/M.–New York 1991, S. 252 f.; ders., Kampf um Zugehörigkeit. Die Macht der Klassifikation, in: Leviathan, 31 (2003) 2, S. 159–167; vgl. auch Pierre Bourdieu, Sozialer Raum und symbolische Macht, in: ders., Rede und Antwort, Frankfurt/M. 1992, S. 135–154.

² Das Forscherteam bestand aus dem Projektleiter Sighard Neckel, Ina Walter und dem Verfasser. Die

aus der einige zentrale Ergebnisse vorstellt werden.

Die Untersuchung von „negativen“ Klassifikationen lenkt die Aufmerksamkeit auf die diskriminierenden und damit auf jene Aspekte einer symbolischen Ordnung, die entscheidenden Einfluss auf die Integrationschancen der betroffenen Sozialgruppen haben. In diesen tief greifenden sozialen Konsequenzen abwertender Etikettierungen liegt die besondere Relevanz der Studie.

Sie wurde in zwei ehemaligen Arbeitervierteln durchgeführt, von denen das eine, Barren-Ost, in einer Stadt im Ruhrgebiet und das andere, Iderstadt-Süd, im baden-württembergischen Raisfurth liegt.¹³ Die beiden Stadtteile haben wie viele andere in Deutschland mit den sozialen Folgen der Deindustrialisierung zu kämpfen und weisen vergleichsweise hohe Arbeitslosenraten und Sozialhilfedichten auf. Hinsichtlich der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung unterscheiden sie sich allerdings stark voneinander, wie die folgende Tabelle zeigt.

Tabelle: Zusammensetzung der Bevölkerung in Barren-Ost und Iderstadt-Süd

	Barren-Ost	(Stadt Barren)	Iderstadt-Süd	(Stadt Raisfurth)
Einwohnerzahl	13 474	(124 815)	19 375	(325 202)
Arbeitslosenrate (%)	16,9	(12,4)	13,8	(8,3)
Sozialhilfedichte (%)	9,9	(5,6)	11,8	(6,1)
Ausländeranteil (%)	10,6	(9,8)	42,7	(20,2)

Quellen: Statistikstellen der Städte Barren und Raisfurth. Bis auf die Arbeitslosenraten von Iderstadt-Süd und Raisfurth, die sich auf Juni 2004 beziehen, geben alle Daten den Stand vom Mai 2004 wieder.

Bei der Datenerhebung stützte sich die ethnographisch angelegte Untersuchung neben Methoden der klassischen Feldforschung, insbesondere der teilnehmenden Beobachtung, auf Einzelinterviews und Gruppendiskussionen.

Untersuchung war Teil des interdisziplinären, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsverbundes „Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotentialen einer modernen Gesellschaft“.

¹³ Die Ortsnamen wurden geändert.

Die Auswahl der einbezogenen Personen und Gruppen richtete sich darauf, Repräsentanten aus verschiedenen sozialen Schichten – vom mittelständischen Unternehmer bis zum Sozialhilfeempfänger – und unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit, verschiedenen Alters und Geschlechts zu berücksichtigen. Was die ethnische Zugehörigkeit betrifft, konzentrierte sie sich weitestgehend auf die deutsche und die türkische Bevölkerung.¹⁴ Letztere wird in beiden Untersuchungsgebieten besonders häufig stigmatisiert und stellt jeweils auch die weitaus größte Migranten-gruppe dar; im Mai 2004 waren in Barren-Ost 47 Prozent, in Iderstadt-Süd 44 Prozent aller Nichtdeutschen türkische Staatsangehörige.

In Stadtteilen, in denen sozialstrukturell und ethnisch sich unterscheidende Bevölkerungsgruppen auf engem Raum als Nachbarn leben, stellt sich die gegenwärtig viel diskutierte Frage der sozialen Integration in besonders radikaler Weise, zumal bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen – im Unterschied zu meist hochmobilen privilegierten Schichten – die sozialräumliche Nachbarschaft der entscheidende Ort der Integration und der Bildung von Beziehungsnetzwerken ist.¹⁵ Vor diesem Hintergrund gilt es die weiterhin offenen Fragen zu beantworten, welche Bewohnergruppen sozial benachteiligter Stadtgebiete in besonderer Weise Adressaten negativer Klassifikationen sind, welchen materialen Inhalt diese haben und welche desintegrativen Wirkungen sie zeitigen.

Ethnizität als „master status“

In beiden Untersuchungsgebieten dominieren negative Klassifikationen, die sich an ethnische Merkmale heften. Die ethnische Zugehörigkeit bildet sowohl in Barren-Ost als auch in Iderstadt-Süd den „master status“¹⁶ von Personen: Deutschsein oder Nicht-

¹⁴ Die Bezeichnungen „deutsch“ und „türkisch“ stehen hier nicht für die Staatsangehörigkeit von Personen, sondern für ihre ethnische Fremd- und Selbstdefinition.

¹⁵ Vgl. Heiner Keupp, Soziale Netzwerke. Eine Metapher des gesellschaftlichen Umbruchs?, in: ders./ Bernd Röhrle (Hrsg.), Soziale Netzwerke, Frankfurt/M.–New York 1987, S. 11–53, bes. 39 f.

¹⁶ Vgl. Everett C. Hughes, Dilemmas and Contradictions of Status, in: ders., The Sociological Eye, Chicago 1971, S. 141–150.

deutsch- bzw. Türkischsein sind die bestimmenden Merkmale der wechselseitigen Wahrnehmung. Hinter ethnischen erscheinen andere Merkmale als sekundär oder, besser gesagt, nachgeordnet.

Die Ethnizität wirkt wie ein Filter für andere Klassifizierungen: Die Bewertung anderer Merkmale hängt von der ethnischen Zugehörigkeit des Merkmalsträgers ab. Innerhalb ethnisierender Zuschreibungen spielen andere Ungleichheitsdimensionen jedoch eine große Rolle. Bestimmte Statuspositionen erfahren erst dann eine negative Bewertung, wenn sie mit Migrantinnen und Migranten, insbesondere mit Türkinnen und Türken verbunden werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn der angeblich so findige, alle Möglichkeiten ausreizende Umgang von türkischen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern mit den sozialen Sicherungssystemen problematisiert wird.

Insgesamt fällt jedoch eine Häufung abwertender Zuschreibungen auf, die sich gegen türkische Aufsteiger richten. Türkische Geschäftsinhaber und Immobilienbesitzer, aber auch sich Gehör verschaffende Migrantentreter erregen in besonderer Weise den Argwohn ihrer deutschen Nachbarn und werden von diesen verschiedenster Vergehen gegen Moral, Anstand und Gesetz bezichtigt. Dies weist auf eine paradoxe Situation hin: Während die deutsche Bevölkerung mehr oder weniger unisono mehr Integrationsbereitschaft von ihren türkischen Nachbarn fordert, diffamiert sie gleichzeitig ausgerechnet jene, die bereits Integrationserfolge erringen konnten und denen es gelungen ist, aus dem Schatten der subalternen Marginalität ihrer als Gastarbeiter eingewanderten Vorväter herauszutreten.

Bevor dieser höchst erklärungsbedürftige Befund auf seine tieferen Ursachen hin untersucht wird, sollen nun die Inhalte negativer Klassifikationen gegen die „avancierenden Fremden“¹⁷ dargestellt werden, um im Anschluss daran auf das ebenso wenig schmei-

chelhafte Bild einzugehen, das diese von ihren deutschen Nachbarn zeichnen.

Laster der türkischen Ambition

Deutschen Bewohnerinnen und Bewohnern von Barren-Ost und Iderstadt-Süd sticht immer wieder die arbeitsame und verzichtbereite Lebensführung von türkischen Gewerbetreibenden ins Auge. Der türkische Familienbetrieb und Gemüseladen, in dem Jung und Alt von früh bis spät hart arbeitet, wird oft als das paradigmatische Beispiel für dieses *erste Klassifikationsmuster* genannt. Das Handeln in solchen Betrieben sei von einer familiären Disziplin und Sparsamkeit bestimmt, stellen deutsche Stadtteilbewohner verschiedentlich fest, und attestieren ihren türkischen Nachbarn damit eine „protestantische Ethik im türkischen Gewand“.¹⁸ Diese Ethik begreifen die deutschen Betrachter als einen in der eigenen Geschichte verblassten Traditionsbestand, von dem nun besonders türkische Geschäftsleute geprägt seien und der ihnen einen unverdienten ökonomischen Vorteil verschaffe. In den einschlägigen Aussagen erscheint der unternehmerisch agierende Teil der türkischen Bevölkerung zugleich als rückständig und gefährliche Konkurrenz. Merkmale wie Arbeitsethos, Sparsamkeit, Fähigkeit zum Bedürfnisaufschub oder Geschäftstüchtigkeit werden dabei nicht als prinzipiell negativ beurteilt. Die negative Wertung bezieht sich auf ein Übermaß an Fleiß und asketischer Disziplin.

Ein zweites, ebenfalls in beiden Untersuchungsgebieten anzutreffendes *Klassifikationsmuster* fußt auf einer Wahrnehmung, die bei erfolgreichen türkischen Migranten expansive Machtansprüche am Werk sieht. „Die wollen alles von uns übernehmen“, heißt es dann etwa aus den Reihen der deutschen Bevölkerung. Vorwürfe dieser Art richten sich gegen Türken, die zuvor von Deutschen betriebene Geschäftslokale bewirtschaften oder ehemals in deutschem Besitz befindliche Immobilien erworben haben; sie können sich aber auch gegen den türkischen Fußballclub richten, der einen maroden deutschen Traditi-

¹⁷ Vgl. Jörg Hüttermann, *Der avancierende Fremde. Zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 29 (2000) 4, S. 275–293.

¹⁸ Vgl. Monika Wohlrab-Sahr, „Protestantische Ethik“ im islamischen Gewand. Habitusreproduktion und religiöser Wandel, in: Ralf Bohnsack/Winfried Marotzki (Hrsg.), *Biographieforschung und Kulturanalyse*, Opfaden 1998, S. 183–201.

onsverein beerbt, oder die Moscheegemeinde, die mit einem Minarettbau eine selbstbewusste Präsenz im Stadtteil zeigt und eine kommunale Anerkennung ihrer Jugendarbeit einfordert. Hier kritisieren die deutschen Nachbarn nicht nur die „Übernahme“ dessen, was sie als ihr angestammtes Terrain betrachten, sondern sie beschuldigen die erfolgreichen türkischen Geschäftsinhaber und aktiven Migrantenvereine zugleich, von einem raumgreifenden Expansionsdrang geleitet zu sein. Dieses Klassifikationsmuster schießt in seinem konkreten Gebrauch jedoch oft weit über das Ziel – seine primären Adressaten – hinaus. Es speist sich aus Ängsten der deutschen Bevölkerung, von den türkischen Migranten insgesamt überflügelt und deklassiert zu werden. Der „Übernahmewille der Türken“ wird zwar negativ beurteilt, aber es scheint dabei nicht selten auch Bewunderung für ihre ökonomische Courage durch. Ein Zuviel davon ist es wiederum, das der verfemenden Nachrede anheim fällt und eine „Tugend der Eigengruppe“ in ein „Laster der Fremdgruppe“¹⁹ konvertiert.

Das dritte Klassifikationsmuster schreibt bestimmten türkischen Personen und Gruppierungen ein „rationales Schmarotzertum“¹⁰ zu. Diese Zuschreibung tritt in Barren-Ost vor allem im Kontext der politischen Aktivitäten des sehr engagierten, türkisch dominierten Barrener Ausländerbeirats und der lokalen Moscheevereine auf, während sie in Iderstadt-Süd in Ermangelung vergleichbarer politischer Partizipationsversuche türkischer Gruppen kaum vorkommt. In Barren-Ost empörte sich die deutsche Bevölkerung etwa allenthalben über den Anspruch des Ausländerbeirats, in das örtliche Leitungsgremium des Stadteilerneuerungsprogramms Soziale Stadt NRW aufgenommen, und über Vorschläge muslimischer Vereine, mit bestimmten Projekten an dessen finanziellen Segnungen beteiligt zu werden. Die Kritik an diesen in der lokalen Öffentlichkeit heftig diskutierten Bemühungen zielte darauf, dass die türkische Bevölkerung bisher keinerlei Interesse am Stadtteil gezeigt hätte und nun, da „etwas

zu holen“ sei, plötzlich „unverschämte Forderungen“ stelle. Auch vom Ausländerbeirat initiierte und von türkischen Moscheevereinen in Barren-Ost öffentlichkeitswirksam durchgeführte Blutspende- oder Putzaktionen, die den Beitrag der türkischen Bevölkerung für die Allgemeinheit unter Beweis stellen sollten und als Integrationsstrategien zu verstehen sind, deuteten ihre deutschen Nachbarn bis hin zu den lokalen Entscheidungsträgern als bloß strategische Maßnahmen von „Schmarotzern“, die es nicht verdient hätten, als vollwertige Mitglieder der lokalen Gesellschaft behandelt zu werden. Wer immer andere, wie es hier der Fall ist, als „Schmarotzer“ oder „Parasiten“ klassifiziert, verweist sie symbolisch auf einen Platz außerhalb der ehrenwerten Gesellschaft.

Das vierte Klassifikationsmuster versetzt erfolgreiche Türken in den Stand der Strafwürdigkeit. In beiden Untersuchungsgebieten werden türkischen Unternehmern und Immobilienbesitzern verschiedentlich „kriminelle Machenschaften“ unterstellt. Sie seien durch illegale Geschäfte zu Geld gekommen, lautet ein in der deutschen Bevölkerung verbreitetes Pauschalurteil, das türkische Geschäftsleute inkriminiert und damit symbolisch als illegitime Mitstreiter aus dem ökonomischen Wettbewerb ausschließt. In Iderstadt-Süd ist die Kriminalisierung türkischer Geschäfte etwa im Umfeld einer Bürgerinitiative weit verbreitet, die Lärm, Schmutz und Kriminalität manchmal suggestiv, manchmal ganz offen mit der türkischen Bevölkerung in Verbindung bringt. Aktivisten der Bürgerinitiative bezeichnen türkische Geschäfte als „Treffpunkte für Hehler und Diebe“ und verdächtigen Familienbetriebe, auf illegale Weise Mittel aus Töpfen der öffentlichen Wirtschaftsförderung einzustreichen, an die deutsche Gewerbetreibende niemals herankämen. Auch außerhalb der Bürgerinitiative ist in Iderstadt-Süd, wie auch in Barren-Ost, wiederholt von „halbseidenen“ türkischen Geschäften, „Geldwäsche“ und angeblichen „Drogengeldern“ für Moscheebauten die Rede.

¹⁹ Vgl. Robert K. Merton, *The Self-Fulfilling Prophecy*, in: ders., *Social Theory and Social Structure*. Enlarged Edition, New York 1968, S. 475–490, hier 480 ff.

¹⁰ Vgl. Hans Georg Zilian/Johannes Moser, *Der rationale Schmarotzer*, in: *Prokla*, 19 (1989) 77, S. 33–54.

Deutsche Dissozialität

Sowohl in Barren-Ost als auch in Iderstadt-Süd sind die türkischen Stadtteilbewohner – insbesondere diejenigen unter ihnen, die sich

in gehobene Positionen vorarbeiten konnten – um Gegenstigmatisierungen keineswegs verlegen. Ein Klassifikationsmuster sticht dabei besonders hervor. Es handelt sich um ein Bündel negativer Zuschreibungen, die Teile der deutschen Bevölkerung in der einen oder anderen Weise als dissozial, das heißt gesellschaftliche Normen nicht einhaltend, darstellen oder die „deutsche Mentalität“ im Ganzen als eine dissoziale kritisieren. Derartige Klassifikationen türkischer Stadtteilbewohner apostrophieren die Lebensführung „der Deutschen“ als Ausdruck einer unterlegenen, ja minderwertigen „Mentalität“. Drei Ausprägungen solcher Zuschreibungen lassen sich identifizieren.

Die erste Ausprägung des Klassifikationsmusters findet sich vor allem bei den Angehörigen türkischer Mittelschichten und bei Geschäftsleuten, welche die prekäre ökonomische Lage vieler deutscher Stadtteilbewohner auf deren permanente Kneipengänge, eine konsumorientierte Lebensführung sowie auf ein unstetes Sexualverhalten zurückführen, das Familien zerstöre und ein auch finanziell ruinöses Durcheinander mit sich bringe. Die deutschen Unterschichten werden als niveaulos, ungebildet und trunksüchtig dargestellt und rücken damit in die Nähe des „Asozialen“. Die zugeschriebene Dissozialität nimmt hier den Charakter der Verwahrlosung an. *Eine zweite Ausprägung des Klassifikationsmusters* zielt auf das mangelnde Arbeitsethos sowie auf die Bequemlichkeit und Verzichtunfähigkeit der deutschen Bevölkerung. Hier handelt es sich um ein normativ ins Gegenteil gewendetes Pendant zur „protestantischen Ethik im türkischen Gewand“. Die zugeschriebene Dissozialität zielt hier auf eine vorgeblich typisch deutsche Verweichlichung oder Verwöhnung. *Die dritte Ausprägung* schließlich unterstellt den deutschen Nachbarn eine Mentalität, die von sozialer Kälte und einem possessiven Individualismus geprägt ist. Ganz besonders heben diese Zuschreibungen auf den familiären Bereich ab: Es heißt dann etwa, die deutschen Eltern seien egoistisch und übernähmen keine Verantwortung für ihre Kinder, die sie am liebsten nur „vor den Fernseher“ setzten. Jugendliche in deutschen Familien, sagen türkische Leute weiter, würden ohne Rücksicht auf Verluste hohe Taschengelder von ihren Eltern einfordern; und die deutschen Nachbarn kümmerten sich nicht um die alten Familien-

mitglieder und überließen diese lieber dem Sozialamt. Die zugeschriebene Dissozialität bekommt hier die Bedeutung einer innerfamiliären Rücksichtslosigkeit.

Die beschriebene Wahrnehmung des sozialen Zusammenlebens unter Deutschen ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die türkische Bevölkerung die oft weit reichenden, an sie adressierten Integrationsforderungen ablehnt. Während die deutschen Stadtteilbewohner von Barren-Ost und Iderstadt-Süd gerne den mangelnden Integrationswillen ihrer türkischen Nachbarn beanstanden, werfen diese ihren Kritikern vor, stets Assimilation zu meinen, wenn sie von Integration sprechen. Ebendieses Ansinnen, sich eine Kultur einzuverleiben, die in ihren Augen von sozialer Kälte und einem rücksichtslosen Individualismus geprägt ist, weisen die türkischen Stadtteilbewohner größtenteils weit von sich. Sie wollen nach ihrer eigenen Fassung am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. – Ungeachtet dessen bleibt die Frage zu stellen, weshalb sich negative Klassifikationen gerade auf jene türkischen Stadtteilbewohner kaprizieren, die bereits am materiellen Reichtum der Gesellschaft teilhaben und politisch zu partizipieren in der Lage und gewillt sind. Warum also sind gerade Aufsteiger türkischer Herkunft ein so virulentes Problem?

Ethnischer Verwandtschaftsglaube

Bei der Stigmatisierung des ökonomisch erfolgreichen und politisch aktiven Teils der türkischen Bevölkerung ist eine Vorstellung von entscheidender Bedeutung, die ethnische Zugehörigkeit als Verwandtschaftsverhältnis auffasst.¹¹ Die deutschen Stadtteilbewohner agieren dabei auf der Grundlage der naturalistischen Vorstellung, sie seien mit anderen Mitgliedern ihrer ethnischen Gruppe „verwandt“ und mit der türkischstämmigen Bevölkerung „nicht verwandt“. Es handelt sich dabei um eine symbolische Tiefendimension sozialer Ungleichheit, das heißt um ein verborgenes, den Individuen gar nicht reflexiv verfügbares Wahrnehmungsmuster. Es beruht zum einen auf der Idee einer biologischen

¹¹ Zum Folgenden vgl. die ausführliche Darstellung bei Ferdinand Sutterlüty, *Blutsbande. Ethnische „Verwandtschaft“ als Tiefendimension sozialer Ungleichheit*, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, 3 (2006) 1, S. 36–70.

Blutsverwandtschaft und Abstammungsgemeinschaft unter den Angehörigen der ethnischen Eigengruppe. Zum anderen geht es dabei um die Vorstellung der Verwandtschaft im Sinne eines familialen Interaktions- und Solidarsystems, das weit über den Rahmen biologischer Gemeinsamkeitsvorstellungen hinausgeht. Dieses Solidarprinzip, das sich an einem idealisierten Modell familialer Interaktion orientiert, verschmilzt mit der Vorstellung einer konsanguinalen Gemeinsamkeit bzw. mit einer „gegläubten Blutsverwandtschaft“.¹²

Die Idee einer ethnischen Blutsverwandtschaft geht mit einer quasifamilialen Binnenmoral der Reziprozität einher und steht hinter negativen Klassifikationen gegen den avancierenden Teil der türkischen Bevölkerung. Das unausgesprochen wirksame Verwandtschaftsmodell der Ethnizität führt dazu, dass eine ethnisch neutrale Verteilung materieller Güter bekämpft wird. Erst muss die Solidarität, so die Logik dieses Modells, der eigenen, als Verwandtschaftsverband gedachten ethnischen Gruppe gelten, mit der „primordiale“ Zugehörigkeitsgefühle verbunden werden, das heißt Gefühle einer unmittelbaren, als natürlich empfundenen Bindung an die Eigengruppe. Die gleichwertige Teilhabe und Partizipation von Migranten passt nicht in dieses partikularistische Bild. So empört sich etwa eine Vertreterin der größten Fraktion im Barrener Stadtrat auf einer Bürgerversammlung mit folgenden Worten über die „Forderungen“ türkischer Vereine an das örtliche Programm Soziale Stadt NRW: „Die wollen unsere deutschen Gelder haben!“ Diese auf der Versammlung lautstark beklatschte Äußerung besagt so viel wie: Das Geld muss in der Familie bleiben, für die nichtdeutschen Anderen sind wir nicht verantwortlich. Die ethnische Verwandtschaftsidee verhindert „zivile“,¹³ das heißt auf gemeinsamen Interessen oder politischen Überzeugungen basierende Bindungen zwischen Deutschen und Türken. Die deutschen Stadtteilbewohner wollen nicht hinnehmen, dass die eigene, verwandtschaftlich definierte Haus-

macht zugunsten von Fremden an Boden verliert. Nicht die Suche nach zivilen Gemeinsamkeiten, sondern ein ethnisch erweiterter Nepotismus beherrscht ihr Tun. Aufgrund der beschriebenen Verwandtschaftsvorstellungen ruft die erfolgreiche türkische Anwohnerschaft ein spezifisches Handlungsproblem des interethnischen Austausches auf den Plan, das die Suche nach kritisierbaren Verhaltensmerkmalen anleitet. Es bringt die beschriebenen negativen Klassifikationen gegen türkische Aufsteiger hervor. Die symbolische Tiefenstruktur des ethnischen Verwandtschaftsmodells ist ihr generatives Prinzip.

Negative Klassifikationen und Desintegration

Wenn man sich nun fragt, inwiefern negative Klassifikationen exkludierende Folgen haben, muss man zunächst zwischen symbolischem und sozialem Ausschluss unterscheiden. Klassifikationen als solche liegen auf der symbolischen, das heißt auf der Ebene von Deutungen und Bewertungen, während sozialer Ausschluss auf der Ebene von Handlungen und Handlungsfolgen angesiedelt ist. Auf dieser Ebene lassen sich negative Klassifikationen dann als desintegrativ bezeichnen, wenn sie die materiellen Aneignungschancen einer ethnischen Gruppe einschränken, wenn sie zum Ausschluss von der Teilnahme am politischen Willensbildungsprozess führen und wenn sie der Grund dafür sind, dass sich Sozialkontakte auf Mitglieder der ethnischen Eigengruppe reduzieren. Vor dem Hintergrund eines solchen Verständnisses von Desintegration muss man weiter fragen, welches Bild von Integration an das Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen berechtigterweise herangetragen werden kann. Barren-Ost und Iderstadt-Süd stellen zwei aufschlussreiche Kontrastfälle dar.

In Barren-Ost besteht eine hohe Responsivität zwischen der deutschen und der türkischen Bevölkerung: Sie nehmen einander genau wahr und reagieren auf das Handeln des jeweils anderen. Die türkischen Migranten und ihre Organisationen vertreten ihre Interessen recht vehement und kämpfen um politische Partizipation und materielle Teilhabe. Insbesondere das Agieren des Ausländerbeirats und der türkisch-islamischen Vereine lässt sich als ein Anerkennungskampf mit

¹² Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1980⁵, S. 240.

¹³ Zur Unterscheidung zwischen „primordialen“ und „zivilen“ Zugehörigkeitsgefühlen und Bindungen vgl. Clifford Geertz, *The Integrative Revolution. Primordial Sentiments and Civil Politics in the New States*, in: ders. (Hrsg.), *Old Societies and New States*, New York 1963, S. 105–157, bes. 109 ff.

dem normativen Anspruch beschreiben, dass kulturelle und religiöse Differenzen positiv gewürdigt werden.¹⁴ Sie kämpfen um die soziale Wertschätzung ihrer Lebensform und reagieren auf entsprechende Missachtungserfahrungen. Die deutsche Bevölkerung und die Funktionsträger im Stadtteil beziehen ihrerseits Stellung zu den türkischen Anliegen und Ansprüchen. Daher ist es wenig verwunderlich, dass in Barren-Ost Klassifikationskämpfe zwischen der türkischen und der deutschen Bevölkerung relativ offen ausgetragen werden. Beide Seiten adressieren die negativen Klassifikationen recht direkt aneinander: Es herrschen „public transcripts“¹⁵ – nicht nur in der Eigengruppe, sondern auch in der Öffentlichkeit artikulierte Klassifikationen – vor.

Für diese Konstellation ist der Modus der „konfliktvermittelten Integration“ prädestiniert. Diese bietet die Chance, dass der Konflikt selbst als „Vergesellschaftungsform“ fungiert, indem er „Wechselwirkungen“ hervorbringt und dauerhafte Austauschbeziehungen zwischen den Konfliktparteien stiftet.¹⁶ Die vielfältigen, öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen der Moscheevereine und des Ausländerbeirats mit der deutschen Bevölkerung und ihren Entscheidungsträgern in Barren-Ost machen durchaus auf die potenzielle Integrationskraft von Klassifikationskämpfen aufmerksam. Dieser Fall zeigt vor allem fünf Dinge:

Erstens behalten die Kombattanten füreinander Relevanz und können sich nicht gleichgültig werden, solange sie miteinander im Konflikt stehen und um die Legitimität bestimmter Zuschreibungen oder um das rechte Verständnis von Integration streiten. *Zweitens* bieten solche Konflikte die Möglichkeit einer zumindest partiellen Korrektur der negativen Klassifikationen selbst. *Drittens* kann der moderierende Einfluss von universalistischen

Normen nur dann eintreten und die Folgen negativer Klassifikationen mildern, wenn es zum Konflikt zwischen den ethnischen Gruppen kommt. Nur dann hat die machtschwächere Gruppe die Chance, sich wirkungsvoll auf inklusive Normen zu beziehen, die über ethnischen Grenzziehungen stehen. *Viertens* jedoch bergen Anerkennungskämpfe, wie sie sich in Barren-Ost beobachten lassen, das Risiko, dass sich die Migranten nie genug anerkannt fühlen und überall Missachtung wittern. Klassifikationskämpfe können dann leicht zu „unteilbaren Konflikten“¹⁷ werden – zu solchen also, die Kompromissen nur schwer zugänglich sind und bei denen es schnell um Ganze, nämlich um die vorbehaltlose Wertschätzung von Identitäten geht. *Fünftens* schließlich führt der Barrener Fall deutlich vor Augen, dass aktive Partizipationsversuche von Migranten auf Erfahrungen der Selbstwirksamkeit angewiesen sind, um nicht gleich wieder in Rückzugstendenzen zu münden.

In Iderstadt-Süd ist die Konstellation komplizierter und unübersichtlicher, aber man kann sagen, dass das Verhältnis zwischen der deutschen und der türkischen Bevölkerung insgesamt durch eine geringe Responsivität gekennzeichnet ist. Es gibt hier keine Migranten-Gruppen oder -vertreter, die auf konkrete Stigmatisierungen im Stadtteil antworten. So kam es zu keinen vernehmbaren Reaktionen auf die erwähnten Invektiven der Iderstädter Bürgerinitiative gegen die Migranten im Stadtteil von deren Seite. Das wäre in Barren-Ost völlig undenkbar. Auch die große Gruppe der Türkischstämmigen in Iderstadt-Süd artikuliert ihre Interessen im Stadtteil nicht; sie nimmt am lokalpolitischen Geschehen kaum Anteil. Gerade die Moscheegemeinden ziehen sich zurück und kämpfen nicht um die Anerkennung ihrer Lebensform.¹⁸ Hier wer-

¹⁴ Vgl. Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung*, Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt/M. 1992, S. 196 ff.

¹⁵ Vgl. James C. Scott, *Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts*, New Haven–London 1990, S. 4 ff.

¹⁶ Vgl. Georg Simmel, *Soziologie*. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe, Bd. 11, Frankfurt/M. 1992, S. 284 ff.; ferner Helmut Dubiel, *Gehegte Konflikte*, in: *Merkur*, 49 (1995) 12, S. 1095–1106.

¹⁷ Vgl. Albert O. Hirschman, *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?*, in: *Leviathan*, 22 (1994) 2, S. 293–304.

¹⁸ Der große Unterschied zu Barren-Ost ist in erster Linie auf die quantitativen Verhältnisse zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zurückzuführen. In Barren-Ost, wo die Nichtdeutschen nur gut zehn Prozent, die türkischen Staatsangehörigen etwa fünf Prozent der Wohnbevölkerung stellen, ist die türkische Bevölkerung auf die Kooperation mit der Mehrheitsgesellschaft angewiesen, um ihren Anliegen und Bedürfnissen Geltung zu verschaffen. Ein Ausländeranteil wie in Iderstadt-Süd, der fast die Hälfte der Wohnbevölkerung ausmacht, lässt kaum eine Notwendigkeit entstehen, sich intensiv mit der deutschen

den Klassifikationskämpfe auf Distanz ausge-
tragen, Haltungen der Konfliktvermeidung
bestimmen das Geschehen. In Iderstadt-Süd
dominieren „hidden transcripts“.¹⁹ Negative
Klassifikationen zwischen den ethnischen
Gruppen werden meist nur in der Binnen-
kommunikation der Eigengruppe artikuliert.

Auf den ersten Blick könnte man meinen,
Iderstadt-Süd sei ein gelungenes Beispiel für
den „Integrationsmodus urbaner Indiffe-
renz“.²⁰ Nach diesem sehr modernen, groß-
städtischen Leitbild ist Integration kein kol-
lektives Unterfangen von Gruppen, sondern
ausschließlich eine Aufgabe von Individuen,
deren Kontakt sich auf bestimmte Rollen be-
schränkt: Man begegnet sich als Kunde und
Verkäufer im Geschäft, als Eltern in der Schu-
le etc. Die Voraussetzung für diesen Integrati-
onsmodus ist eine Respektierung von Fremd-
heit, weniger eine materiale Anerkennung
von Differenz, das heißt von unterschiedli-
chen kulturellen Orientierungen und Lebens-
formen. Im Einzelnen gibt es diese Respektie-
rung von Fremdheit in Iderstadt-Süd durch-
aus, und das entspricht auch dem Image als
buntem und tolerantem Multikulti-Stadt-
teil.²¹ Die Vielzahl negativer Klassifikationen
zwischen der türkischen und der deutschen
Bevölkerung in Iderstadt-Süd weist indes auf
alles andere als auf eine Respektierung von
Fremdheit hin.

Weil hier die wechselseitigen Zuschreibun-
gen hinter den Vorhängen der ethnischen Ei-
gengruppen bleiben, fällt die konfliktvermit-
telte Korrektur negativer Klassifikationen
aus. Die entwertenden Fremdbilder führen

Bevölkerung auseinander zu setzen. Diese Tendenz gilt
insbesondere für die Türken, die rund ein Viertel aller
Stadtteilbewohner ausmachen, und wird dadurch ver-
stärkt, dass diese Bevölkerungsgruppe eine ethnisch
bestimmte Infrastruktur im Stadtteil besitzt, die Züge
einer Außenkontakte überflüssig machenden „in-
stitutional completeness“ aufweist. Vgl. dazu Ray-
mond Breton, Institutional Completeness of Ethnic
Communities and the Personal Relations of Immig-
rants, in: *American Journal of Sociology*, 70 (1964) 2,
S. 193–205.

¹⁹ Vgl. J. Scott (Anm. 15), S. 2 ff.

²⁰ Vgl. Hartmut Häußermann/Walter Siebel, Die Stadt
als Ort der Integration von Zuwanderern. Über den
Umgang mit Differenz in der modernen Gesellschaft,
in: *Vorgänge*, 43 (2004) 1, S. 9–19, hier 10 ff.

²¹ Dem steht allerdings der Ruf entgegen, die „Rais-
further Bronx“ und ein mit vielen sozialen Problemen
beladenes „Revolvierquartier“ zu sein.

dazu, dass über das notwendige Maß hinaus-
gehende Sozialkontakte sich auf die je eigene
ethnische Gruppe beschränken. Die negati-
ven Klassifikationen hintertreiben jenen tole-
ranten Respekt vor der Fremdheit des ande-
ren, der für den Integrationsmodus urbaner
Indifferenz unabdingbar ist.

In beiden Stadtteilen, die für unterschiedli-
che Modi der Integration stehen, ist hinsicht-
lich der weiteren Entwicklung des interethni-
schen Zusammenlebens der Umstand höchst
bedenklich, dass gerade jene türkischen Be-
wohnerinnen und Bewohner stigmatisiert
werden, die als Vorreiter und Vorbilder ge-
glückter Integration geeignet wären. Mehr
noch, die ihnen zugeschriebenen Negativ-
attribute werden oft auf „die Türken“ insge-
samt übertragen. Ob die gegen sie gerichteten
negativen Klassifikationen nicht nur symboli-
sch, sondern auch sozial ausgrenzend wir-
ken, hängt zum einen von ihrem Inhalt ab. So
macht es einen entscheidenden Unterschied,
ob sie zwischen der Eigengruppe und der
klassifizierten Fremdgruppe nur „gradueller“
Unterschiede markieren, wie etwa bei der
Zuschreibung einer allzu ausgeprägten Ar-
beitsethik, oder ob sie die Klassifizierten in
eine „kategorial“ andere Klasse von Men-
schen rubrizieren, wie dies beispielsweise bei
der Zuschreibung eines rationalen Schmarot-
zertums der Fall ist.²²

Zum anderen haben negative Klassifikatio-
nen in verschiedenen gesellschaftlichen Teil-
bereichen in ganz unterschiedlichem Maße
desintegrierende Folgen.²³ Im Bereich der
Wirtschaft gelten die institutionalisierten Re-
geln der ökonomischen Rationalität, die den
ausschließenden Wirkungen negativer Klassi-
fikationen Grenzen setzen. In der Sphäre des

²² Zur Unterscheidung zwischen „gradueller“ und
„kategorialer“ Klassifikationen vgl. Sighard Neckel/
Ferdinand Sutterlüty, Negative Klassifikationen. Kon-
flikte um die symbolische Ordnung sozialer Un-
gleichheit, in: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch
(Hrsg.), *Integrationspotenziale einer modernen Ge-
sellschaft*, Wiesbaden 2005, S. 409–428, hier 414 ff.;
weiterhin Peter A. Berger, Ungleichheitssemantiken.
Graduelle Unterschiede und kategoriale Exklusivi-
täten, in: *Archives Européennes de Sociologie*, 30
(1989) 1, S. 48–60.

²³ Zum Folgenden vgl. Ferdinand Sutterlüty/Sighard
Neckel, *Bashing the Migrant Climbers: Interethnic
Classification Struggles in German City Neighbor-
hoods*, in: *International Journal of Urban and Regional
Research*, 30 (2006) 4 (i. E.).

Ökonomischen herrschen die ganz eigenen Gesetze von Märkten. Dem Prinzip nach zählen die Mechanismen von Angebot und Nachfrage hier mehr als die Ethnizität der Marktteilnehmer. Im politischen Bereich wiederum können Migranten, die sich im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten engagieren, nicht einfach ausgeschlossen werden, weil demokratische Werte und ihre Institutionalisierung eine solche Praxis eindämmen. Die normativen Regeln der Fairness, der Chancengleichheit und der Gerechtigkeit besitzen im politischen Raum eine auch durch Sanktionen geschützte Geltung. Soziale Lebenswelten hingegen kennen nur performative Regeln des wechselseitigen Umgangs, die informeller Natur sind und deren Verletzung kaum erwartbare Folgen nach sich zieht. Hier können die ausschließenden Wirkungen negativer Klassifikationen ungebremst zur Entfaltung kommen.

Die Normen der ökonomischen Rationalität sowie der politischen Partizipation hingegen setzen den Effekten symbolischer Ausgrenzung gewisse Schranken und wirken Prozessen des sozialen Ausschlusses entgegen – zumal bei erfolgreichen türkischen Migranten, die bereits Zugang zu den wichtigsten gesellschaftlichen Funktionsbereichen haben und Ressourcen der Gegenwehr besitzen. Schließlich kennt der demokratische Rechtsstaat auch kein Gesetz, welches die Aufstiegsorientierung von Zugewanderten und ihren Nachkommen unter Strafe stellt.

Oft jedoch werden die zivilen Regeln im sozialen Alltag von einem primordialen Verwandtschaftsglauben zu Fall gebracht. Unter seiner Ägide weiß der exklusiv sich als einheimisch verstehende Bevölkerungsteil bei seinen türkischen Nachbarn immer neue Verhaltensmerkmale zu beobachten, die diese für die vollwertige Zugehörigkeit disqualifizieren. Jenseits aller populären Integrationsrhetorik treibt dies Prozesse der ethnischen Separierung voran.

Ingrid Matthäi

Alleinstehende Migrantinnen: Integriert – isoliert – segregiert?

Droht alleinstehenden Migrantinnen und Migranten, wie in zahlreichen Studien prognostiziert wird, im Alter häufiger als anderen Gruppen ein eher einsamer Lebensabend in der Fremde oder gar ein sozialer „Rückzug in die Ethnizität“?¹ Derartige Prognosen rekurrieren auf ältere Forschungsansätze, welche die soziale Lage von älteren Menschen primär als Folge von struktureller Isolation, Disengagement oder Rollenverlust deuten. Aktuellere Befunde aus der Altersforschung über ältere Deutsche hingegen belegen, dass die Fähigkeit, soziale Kontakte zu schließen und zu pflegen, keineswegs primär altersabhängig ist, sondern stärker durch soziale Lagen und individuelle Kompetenzen beeinflusst wird.² Zudem werden Partizipationsmuster, Freizeitverhalten und soziale Kompetenz zur Herstellung und Pflege von Sozialkontakten vor allem in jüngeren und mittleren Lebensjahren ausgebildet und bleiben im Alter weiterhin lebensstilbildend und handlungsleitend.

Damit rückt die Frage ins Blickfeld, welche sozialen Integrations- und Einbindungsstrategien ältere alleinstehende Migrantinnen tatsächlich verfolgen.³ Inwieweit sind die Be-

Ingrid Matthäi

Dr. phil., geb. 1957; Sozialwissenschaftlerin im Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft, Trillerweg 68, 66117 Saarbrücken. matthaei@iso-institut.de

¹ Vgl. Ralf Zoll, Die soziale Lage älterer MigrantInnen in Deutschland, Münster 1997; Elke Olbermann/Maria Dietzel-Papakyriakou, Entwicklung von Konzepten und Handlungsstrategien für die Versorgung älter werdender und älterer Ausländer, Bonn 1995.

² Vgl. Bernhard Schlag (Hrsg.), Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Stuttgart 2002.

³ Die Befunde entstammen einer qualitativen Studie zur Lebenssituation von älteren alleinstehenden Mi-

funde über das Partizipationsverhalten von älteren Deutschen auf ältere alleinstehende Migrantinnen übertragbar? Knüpfen Migrantinnen bei der Netzwerkbildung eher an traditionale Formen der Vergemeinschaftung (ethnische Nachbarschaft, Verwandtschaft) an, oder erproben sie im Zuge ihrer Modernisierungs- und Individualisierungserfahrungen neue Einbindungsstrategien, die den Logiken sekundärer Netzwerkbildung folgen? Werden die jeweiligen Integrationsstrategien ebenfalls eher durch soziale Lagen oder eher durch ethnische/kulturelle Herkunft beeinflusst?

Sozialorientierungen im Kontext von Geschlecht und Familienstand

Ältere alleinstehende Migrantinnen sind keine homogene Sozialgruppe. Die Pluralisierung der Lebensformen und die sozioökonomischen Ungleichheiten spiegeln sich in den Lebenslagen und den sozialen Bezügen der Migrantinnen wider. Das Klischee der desintegrierten, hilf- und sprachlosen älteren Migrantin ist ebenso wenig zutreffend wie pauschale Thesen über einen altersbedingten ethnischen Rückzug. Vielmehr zeigen die empirischen Befunde, dass die sozialen Einbindungsstrategien der Migrantinnen vornehmlich durch soziale Faktoren (Schichtzugehörigkeit, Einkommen) und individuelle Ressourcen (Bildung, Deutschkenntnisse) beeinflusst werden. Im Vergleich zu älteren Deutschen sind Variablen wie Geschlechtszugehörigkeit und Familienstand für Migrantinnen wesentlich bedeutsamer bei der Herstellung und Pflege von Sozialkontakten. Anhand des Familienstands lassen sich deutliche Unterschiede in der außerfamiliären Netzwerkbildung konstatieren. Verwitwete Frauen orientieren sich dabei weitaus stärker als Geschiedene oder Ledige an traditionellen Verhaltensnormen und Vergemeinschaftungsformen, während Letztere ihr Verhalten stärker an modernen Rollenbildern und Interaktionsformen ausrichten. Ledige und geschie-

grantinnen, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wurde. Einbezogen wurden 87 Migrantinnen aus fünf ehemaligen Anwerbeländern (Türkei, Italien, Griechenland, Ex-Jugoslawien, Vietnam) im Alter ab 50 Jahren. Vgl. Ingrid Matthäi, Die ‚vergessenen‘ Frauen aus der Zuwanderergeneration. Zur Lebenssituation von alleinstehenden Migrantinnen im Alter, Wiesbaden 2005.

dene Migrantinnen lehnen rigide Rollen- und Verhaltensvorschriften sowie antiquierte Ehr- und Moralvorstellungen ihrer Herkunftskulturen, die außerfamiliäre und heterogeschlechtliche Sozialkontakte stark reglementieren, wesentlich entschiedener ab als Witwen. Über die Ursachen kann nur spekuliert werden. Sie gehen wahrscheinlich darauf zurück, dass Migrantinnen infolge von Scheidung oder Nichtverheiratung stärker als verwitwete Ehefrauen gefordert waren, sich als Alleinstehende um die eigene Existenzsicherung zu kümmern und sich im Rahmen dieses Autonomieprozesses auch stärker mit alternativen Lebensformen auseinander zu setzen und neue Formen der sozialen Einbettung zu erproben.

Eine Typologie zur sozialen Einbettung

Anhand des empirischen Materials wurden analytische Typen[†] zur sozialen Einbettung der Migrantinnen nach sozialen Lagedimensionen gebildet (vgl. die *Tabelle*). Anschließend wurde untersucht, ob sich diese gleichmäßig über Herkunftskategorien der Befragten verteilen oder warum sie es möglicherweise nicht tun. Die beschriebenen Muster der Vergemeinschaftung sind zwischen den Polen Segregation/Integration und Modernität/Traditionalismus angesiedelt. Zwei Vergemeinschaftungsmuster mit sozialintegrativer Orientierung folgen der Logik sekundärer Netzwerkbildung (Integrierte, Isolierte), ein drittes Muster beschreibt segregative Strategien der ethnischen Einbindung (Segregierte), und bei dem vierten handelt es sich um ein familienzentriertes Einbettungsmuster (Familienfrauen).

Ein Abgleich der Typen nach nationaler Herkunft der Migrantinnen zeigt anhand der Gleichverteilung, dass segregative oder integrative Sozialorientierungen stärker durch „Modernitätsdifferenz“, soziale Lagen und individuelle Kompetenzen als durch ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit erklärt werden. Die Vergemeinschaftungstypen „Segregierte“ und „Familienfrauen“ umfassen ausschließlich verwitwete Migrantinnen, die zum überwiegenden Teil aus eher rückständigen dörflich-ländlichen Regionen ihrer Heimatländer zugewandert sind. Die „Segregier-

[†] Alle befragten Nationalitätengruppen bis auf die Vietnamesinnen sind in der Typologie abgebildet.

Tabelle: Beschreibung der Typen nach sozialen Merkmalen

Typus / Merkmale	Familienstand	Ressourcen	Sekundäre Netzwerke
Integrierte	Überwiegend Ledige, Geschiedene	Eher mittlere/ höhere Bildung; gute Deutschkenntnisse	Vorhanden, multikulturell
Isolierte	Geschiedene, Ledige, Witwen	Geringe/ mittlere Bildung, eher geringe Deutschkenntnisse	Kaum vorhanden; begrenzt auf funktionale Kontakte
Segregierte	Witwen	Keine/ geringe Schulbildung; kaum Deutschkenntnisse	Ethnische Nachbarschaft, gleichgeschlechtlich
Familienfrauen	Witwen	Eher geringe Bildung, geringe bis mittlere Deutschkenntnisse	Bedeutungslos, rein funktional

ten“ sind im Sample diejenigen mit den niedrigsten Bildungsabschlüssen und den geringsten Deutschkenntnissen. In den Modernisierungsmustern „Integrierte“ und „Isolierte“ wiederum sind Witwen nur schwach vertreten; hier dominieren die ledigen und geschiedenen Migrantinnen. Im Folgenden werden die vorgefundenen Integrationsmuster im Kontext ihrer sozialen Zusammenhänge sowie die jeweiligen Netzwerkqualitäten genauer beschrieben.

Typus „Integrierte“

Charakteristisch für Migrantinnen dieses Integrationsmusters ist die ausgeprägte soziokulturelle Orientierung an der deutschen Gesellschaft, die zugleich mit einer starken Distanz zur *ethnic community* einhergeht. Diese Migrantinnen pflegen gleich- und gemischtgeschlechtliche Kontakte gleichermaßen zur Majorität und zu Angehörigen unterschiedlicher Nationalität. Berührungspunkte und Basis der sekundären Netzwerke sind zu meist lebensweltliche Bezüge, ähnlich gelagerte Interessen, Hobbys und vergleichbare Lebenslagen. Im Vergleich zu Migrantinnen aus den anderen Mustern haben sich die „Integrierten“ meist frühzeitig für einen dauer-

haften Verbleib in Deutschland entschieden und aktiv auf eine rasche soziale und strukturelle Integration hingearbeitet. Aufgrund ihres im Sample vergleichsweise höheren Bildungsniveaus und ihrer relativ guten Deutschkenntnisse haben sie ausreichende Handlungskompetenz entwickelt, um sich erfolgreich in der deutschen Gesellschaft und im Arbeitsleben behaupten, soziale Kontakte aufbauen und Teilhabechancen nutzen zu können.

Die „Integrierten“ sind die Modernisierungsgewinnerinnen unter den alleinstehenden Migrantinnen. Sie haben in den Offerten einer offenen Gesellschaft die Chance gesehen, den eigenen Emanzipations- und Individualisierungsprozess voranzutreiben, um als alleinstehende Frau ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen zu können. Darin liegen auch die primären Gründe für eine relativ starke Distanzierung von der *ethnic community*. Um neue Lebensformen und Einbettungsstrategien jenseits tradierter Moralvorstellungen und Rollenbilder erproben zu können, bedarf es der Sicherheit eines unterstützenden sozialen Umfelds. Von daher überrascht es wenig, dass diese autonomieorientierten Migrantinnen anonymere (groß-)städtische Wohngegenden oder deutsche Wohnviertel bevorzugen, um sich der sozialen Kontrolle und dem Konformitätsdruck ethnischer Nachbarschaften zu entziehen. Die Migrantinnen dieses Vergemeinschaftungsmusters sind zwar gut in soziale Netze eingebunden. Ob diese sekundären Netzwerke von ihrem Solidaritäts- und Unterstützungspotenzial her tragfähig genug sind, um bei umfassenderem Hilfebedarf im Alter oder bei Pflegebedürftigkeit umfassend aktiviert werden zu können, ist eher fraglich.

Typus „Isolierte“

Dieses Integrationsmuster ist insofern brisant, als sich in den biographischen Verläufen die Risiken und Widersprüche der Modernisierung akkumulieren. Es verdeutlicht auf drastische Weise, dass der Modernisierungs- und Individualisierungsprozess nicht linear verläuft, sondern vielfältige Brüche und (Abstiegs-)Risiken nach sich ziehen und in sozialer Isolation enden kann, wenn die individuellen Ressourcen – insbesondere die Handlungs-, Sozial- und Sprachkompetenz – für die Erfor-

dernisse einer modernen Lebensführung im Aufnahmeland nicht ausreichen. Trotz integrativer Orientierung ist dieser Gruppe von Migrantinnen eine soziale Integration in die Gesellschaft nicht oder nur partiell gelungen. Soziale Isolation und Einsamkeit aufgrund fehlender Sozialkontakte werden als extrem belastend empfunden. Verschärft wird die Situation dadurch, dass diese Gruppe die fehlenden Sozialbeziehungen wesentlich seltener durch familiäre und verwandtschaftliche Netzwerke in Deutschland kompensieren kann als andere Befragtengruppen. Denn die Gruppe der Isolierten ist überproportional häufig mit brüchigen Familienkonstellationen konfrontiert oder muss teilweise ohne familiäres und verwandtschaftliches Netzwerk in Deutschland auskommen.

Die soziale Isolation wird dadurch verschärft, dass einerseits gewünschte und tragfähige Sozialkontakte zur deutschen Bevölkerung nicht entstanden sind und andererseits die bewusste Abgrenzung von der *ethnic community* eine innerethnische Einbindung verhindert hat. Diese Befragten haben aufgrund ihrer Sozialisation kaum gelernt, wie man aktiv außerfamiliäre Sozialkontakte und Freundschaften aufbaut und pflegt. Oftmals fehlt den Frauen der Mut, allein außerhäusliche (Freizeit-)Aktivitäten aufzunehmen oder öffentliche Begegnungsorten aufzusuchen. Sowohl die inner- als auch die interethnischen Kontakte beschränken sich weitgehend auf funktionale Bezüge. Kollegiale Kontakte am Arbeitsplatz oder Nachbarschaftsbeziehungen bleiben oberflächlich und werden nicht auf den lebensweltlichen oder privaten Bereich ausgedehnt und sind deshalb als instrumentelle oder emotionale Netzwerkressource kaum aktivierbar.

Typus „Segregierte“

Zu den Migrantinnen dieses Integrationsmusters gehören ausschließlich Witwen, die ursprünglich aus (rückständigen) dörflich-ländlichen Herkunftsregionen zugewandert sind. Sie reproduzieren tradierte Formen der sozialen Vergemeinschaftung, die deutliche kulturelle Bezüge zu ihren Herkunftsregionen aufweisen. Nichts charakterisiert diese Form der – gleichgeschlechtlichen – Sozialinteraktionen besser als die stereotype Auskunft der Befragten: Ich lebe wie in meinem Dorf. Die ethni-

sche Gemeinschaft oder, präziser formuliert, die unmittelbare räumliche Nachbarschaft ist der Nährboden intensiver innerethnischer Kontakte zwischen Migrantinnen aus dem gleichen Sozialmilieu. Und infolge von Kettenmigration handelt es sich bei diesen Sozialkontakten meist um Personen, die aus dem gleichen Dorf oder der Region zugewandert sind. In dieser vergemeinschafteten Nachbarschaft lassen sich dörfliche Geselligkeitsformen wieder beleben. Die gleichgeschlechtliche vergemeinschaftete Nachbarschaftskultur schützt diese alleinstehenden Frauen nicht nur vor sozialer Isolation im Alter, sie ist auch ein oder das einzige traditionell orientierten Frauen zur Verfügung stehende(s) sozial akzeptierte(s) Refugium, das bei Abnabelung der Kinder oder bei brüchig werdenden Generationenbeziehungen sozialen Halt bieten kann.

Diese traditionale Gemeinschaft ersetzt ein Stück weit die verlorene Heimat und kompensiert das Fremdheitsgefühl – und, was noch bedeutsamer ist, durch sie kann sich aufgrund der gemeinsamen Sprache und des geteilten Erfahrungs- und soziokulturellen Hintergrunds ein identifikatorisches Zugehörigkeitsgefühl entwickeln, das zur Selbstvergewisserung beiträgt, umgekehrt jedoch die Distanz und Abgrenzung zur deutschen Gesellschaft verstärkt. Denn soziale Kontakte zur Majorität werden weder gesucht noch vermisst. Diese Segregationsstrategie ist nicht identisch mit einem altersbedingten ethnischen Rückzug. Vielmehr ist diese Einbettungsstrategie als Kontinuum einer traditionell ausgerichteten Lebensweise zu deuten, die durch die Migration keineswegs obsolet geworden ist. Die segregierte Lebenswelt wird zu einer kulturellen Form der Alltagsbewältigung für diejenigen Migrantinnen mit tradiertem Rollenverständnis, deren Handlungsautonomie und individuelle Ressourcen (geringes Bildungsniveau, sehr geringe oder keine Deutschkenntnisse) allein kaum ausreichen, um den Alltag in einem fremden Land autonom zu bewältigen. Die Einbindung in die ethnische Gemeinschaft verhindert zwar eine stärkere soziale Integration in die Aufnahmegesellschaft. Durch rollenkonformes Verhalten sichern sich diese alleinstehenden Migrantinnen jedoch die Solidaritäts- und Loyalitätspotenziale ihrer ethnischen Nachbarschaft – auch bei Hilfebedürftigkeit im Alter.

Typus „Familienfrauen“

Die familiäre Gemeinschaft, bestehend aus Kindern und Enkeln, oftmals erweitert um räumlich nah lebende Verwandte, ist für diese alleinstehenden Migrantinnen der zentrale soziale Bezugspunkt und somit auch die wichtigste Netzwerkressource mit hohen wechselseitigen Unterstützungsleistungen.¹⁵ Außerfamiliäre Sozialbeziehungen und Sozialkontakte haben keine hohe Relevanz und werden auch kaum gesucht. Diese Migrantinnen unternehmen kaum Anstrengungen, um außerfamiliäre soziale Kontakte aufzubauen oder zu pflegen. Selbst Nachbarschaftskontakte gehen selten über typische Formen der Nachbarschaftshilfe hinaus. Bekanntschaften bleiben oberflächlich und werden in der Regel nicht auf den privaten Bereich ausgedehnt. In diesem Interaktionsmuster sind fast ausschließlich verwitwete Frauen zu finden, die mehrheitlich ein eher traditionelles Geschlechter- und Rollenverständnis haben. Auch im Alter pflegen sie weiterhin ein soziales Muster, das bereits für ihr Eheleben konstitutiv war und in dem sich die sozialen Bezüge stark auf Ehepartner, Nachkommen und Verwandte konzentriert haben. Allerdings gibt es auch Migrantinnen, die sich erst nach dem Tod des Ehepartners sozial stärker in die Familie zurückziehen. Handlungsleitend ist dabei unter anderem die Orientierung an Normen und Vorstellungen zur traditionellen Witwenrolle. In diesem familienzentrierten Interaktionsmuster bleiben sowohl die inner- als auch interethnischen sozialen Beziehungen oberflächlich und sporadisch.

Zusammenfassung

Die vorgefundenen Vergemeinschaftungsmuster mit ihren jeweiligen Netzwerkqualitäten sind als soziale Ressourcen differenziert zu betrachten. Die Migrantinnen sind keineswegs, wie vielfach prognostiziert, als Alleinstehende im Alter in toto von sozialer Isolation bedroht. Neben isolierten und eher desintegrierten älteren Migrantinnen gibt es starke Gruppen von gut integrierten und sozial eingebetteten Einwanderinnen. Die soziale Integration ist in maßgeblicher Weise von sozialer Lage, Bildung und individuellen Ressourcen

beeinflusst. Die Orientierung an modernen Lebensformen fördert zwar eine soziale Integration, schafft aber soziale und wirtschaftliche Abstiegsrisiken für diejenigen, deren Handlungs- und Sprachkompetenz wie beim Typus der Isolierten nicht ausreicht, um diese modernen Lebensformen auszufüllen.

Die Befunde widerlegen jene Thesen, die von einem ethnischen Rückzug im Alter ausgehen und die der ethnischen Gemeinschaft besondere soziale Auffangqualitäten zuschreiben. Gegen diese Hypothesen sprechen Kontinuitäts Erfahrungen und im Lebensverlauf erprobte Handlungs- und Sozialisationsmuster. Die Ergebnisse zeigen zum einen, dass es eher unwahrscheinlich ist, dass Migrantinnen ein in jüngeren und mittleren Jahren erprobtes soziales Handlungsmuster allein aufgrund des Alters aufgeben und sich sozial neu orientieren. Das hieße nämlich, dass sie ihr angestammtes und vertrautes soziales Milieu wechseln müssten. Zum anderen zeigt sich deutlich, dass traditionell orientierte Frauen aus rückständigeren Herkunftsregionen nicht erst im Alter die Nähe zur ethnischen Nachbarschaft suchen, sondern bereits seit ihrer Ankunft in Deutschland weitgehend abgegrenzt und in Distanz zur Aufnahmegesellschaft gelebt haben und dieses Muster im Alter beibehalten.

Die ethnischen Gemeinschaften stellen für die Mehrzahl der älteren Migrantinnen, die alleinstehend sind, weder ein soziales Refugium oder Auffangbecken noch ein alternatives Integrationsmodell dar. Der Status als alleinstehende Frau dürfte diesbezüglich eine Schlüsselrolle einnehmen. Die Mehrzahl der Befragten grenzt sich bewusst von der *ethnic community* ab, vornehmlich, um den tradierten Verhaltens- und Rollenerwartungen sowie dem sozialen Konformitätsdruck zu entgehen. Diese Frauen sind nicht mehr bereit oder willens, sich tradierten Rollenklischees zu beugen oder gar ihr soziales Verhalten und Handeln gegenüber Landsleuten rechtfertigen zu müssen. Lediglich für Migrantinnen vom Typus Segregierte sind die ethnischen Netzwerke identifikatorische, soziale und emotionale Ersatzheimat und Auffangbecken zugleich.

¹⁵ Vgl. Bernhard Nauck/Anette Kohlmann, Verwandtschaft als soziales Kapital, in: Michael Wagner u. a. (Hrsg.), Verwandtschaft, Stuttgart 1998.

APuZ

Nächste Ausgabe 42/2006 · 16. Oktober 2006

Vergangenheitspolitik

Gerd Hankel

Vergangenheit, die nicht ruhen darf

Kai Ambos

Die Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs

Ruth Fuchs · Detlef Nolte

Vergangenheitspolitik in Chile, Argentinien und Uruguay

Jan Pauer

Die Aufarbeitung der Diktaturen in Tschechien und der Slowakei

Pumla Gobodo-Madikizela

Trauma und Versöhnung – Lehren aus Südafrika

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer
Andreas Kötzling (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung *Das Parlament*
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Integration – Desintegration *APuZ* 40–41/2006

Klaus J. Bade

3–6 **Integration und Politik – aus der Geschichte lernen?**

Integration ist ein langer, mitunter intergenerativer Sozial- und Kulturprozess. Es geht um die richtige Mitte zwischen der Forderung nach Integrationsbereitschaft der Zuwandererbevolkerung, klarer Rahmensetzung und der Bereitschaft zum Erlernen des Umgangs mit kultureller Differenz.

Klaus Dörre

7–14 **Prekäre Arbeit und soziale Desintegration**

Prekarisierung von Erwerbsarbeit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es wird gezeigt, dass die Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse zunehmend auch geschützte Stammebelegschaften diszipliniert und Prekarisierungsprozesse eine wichtige Ursache rechtspopulistischer Orientierungen sind.

Hartmut Häußermann

14–22 **Desintegration durch Stadtpolitik?**

Inwieweit trägt die Stadtpolitik zu einer Vergrößerung der Unterschiede zwischen privilegierten und marginalisierten Vierteln bei? Die empirische Untersuchung in vier Städten zeigt, dass die städtische Politik keine grundlegende Verbesserung der Perspektiven ihrer Bewohner bewirken kann.

Rainer Dollase · Kai-Christian Koch

22–26 **Die Integration der Muslime**

Es wird über eine aktuelle empirische Studie zur Einstellung gegenüber dem Islam und islamischen Menschen bei 6 500 Personen in elf Berufen bzw. sozialen Rollen berichtet (Erzieher, Schüler SI, Schüler SII, Lehrer, Eltern SI, Studenten, Polizisten, Krankenpfleger, Sozialpädagogen, Arbeiter/Angestellte, Journalisten).

Ferdinand Sutterlüty

26–34 **Wer ist was in der deutsch-türkischen Nachbarschaft?**

In sozial benachteiligten Stadtvierteln sind die türkischen Bewohner Adressaten abwertender und ausgrenzender Klassifizierungen durch ihre deutschen Nachbarn. Die türkische Bevölkerung wiederum nimmt die Deutschen als dissoziale Gesellen wahr und weist daher deren Assimilationserwartungen zurück.

Ingrid Matthäi

34–38 **Alleinstehende Migrantinnen: Integriert – isoliert – segregiert?**

Beschrieben werden typische Integrationsstrategien, die die heterogenen Lebenslagen alleinstehender Migrantinnen widerspiegeln. Neben segregiert lebenden Frauen gibt es große Gruppen von sozial gut eingebetteten Zuwanderinnen, jedoch auch Migrantinnen, die weitgehend desintegriert und sozial isoliert sind.